

Der Deutsche Metallarbeiter

Wochenschrift des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands

Nummer 10

Duisburg, den 11. März 1933

34. Jahrgang

Reichstagsbrand, deutsches Volk, deutsche Arbeiterschaft



Der 27. Februar 1933 wird rot angestrichen in die Geschichte des deutschen Volkes eingehen. Eine erbärmliche Tat setzte in jenen Abendstunden das Reichstagsgebäude in Flammen. Jeder national empfindende Deutsche hat diese Furchtbarkeit als gegen sich selbst gerichtet gefühlt. Das brennende Reichstagsgebäude hat mit dem zuckenden Schein seiner Flammen weithin die Gefahr beleuchtet, in der Europa und besonders Deutschland sich befinden.

Die deutsche Arbeiterschaft aber muß diese Schändlichkeit als einen Faustschlag in ihr Gesicht empfinden. Der Reichstag war mit der Boden, auf dem im Kampf der Geister um die soziale und gesellschaftliche Eingliederung der Arbeiterschaft in das Staatsganze gerungen wurde. Nun sind weite Teile des Gebäudes ein Trümmerfeld. Beklagenswert mögen manchem die Millionenwerte sein, die in Flammen aufgingen. Beklagenswerter ist das geistige Trümmerfeld, aus dem heraus erst eine solche Tat erklärlich wird. Jahrelang ist gegen Parlament und die Stätte des Parlaments von vielen Seiten Sturm gelaufen worden. Eine Gruppe zog die verabscheuungswürdigen Konsequenzen daraus.

Es ist Pflicht der Reichsregierung, gegen die Schädlinge, die ein solches Werk auf dem Gewissen haben, mit aller Schärfe vorzugehen. Der deutsche Kommunismus, aus dessen Geisteshaltung und dessen terroristischen Reigungen überhaupt erst diese Greueltat erwachsen konnte, hat damit erneut Wasser auf die Mühlen der antisozialen Kreise geleitet. Wie oft haben wir in den Betrieben uns mit der arbeitverräterischen und wirtschaftshemmenden Tätigkeit des Kommunismus

schärfstens auseinandersetzen müssen. Die Tendenz der Zerstückelung und Schwächung der Arbeiterbewegung durch den Kommunismus hat den reaktionären Auftrieb weithin beschleunigt. Der Kommunismus und sein Ableger RSD. konnten kaum einen größeren Feind als die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung. Unsere Reihen waren das Bollwerk, das er in den Betrieben nicht erschüttern konnte, im Gegensatz zu manchen radikalen oder gelblich angehauchten Organisationen, die mit dem Kommunismus — vor allem bei den Betriebsratswahlen — das „lustige“ Spiel „Bäumchen, Bäumchen, verwechselt euch“ spielten.

Diese ruchlose Brandstiftung zwingt alle deutsch denkenden

Menschen und Gruppen — und dazu gehört in erster Linie auch die christlich-nationale Gewerkschaftsorganisation — zur gemeinsamen Abwehr. Aber sie soll auch eine dringende Mahnung sein, ernster und gewissenhafter, alle, die guten Willens sind, umfassend, zum Neuaufbau der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes zusammenzuführen. Wie erbärmlich, kläglich und undeutsch nimmt sich gegenüber jener asiatischen Gefahr das Gebaren mancher Kreise aus, so etwas wie Reservatrechte für sich herauszuholen und in Abneigung gegen andere Gruppen, Konfessionen und vor allem gegen die Arbeiterschaft gewissermaßen ein Ausschlußverfahren aus der Nation gegen diese zu beantragen, wie es Kreise um Zugenberg tagtäglich proklamieren.

Wesentlich sind die Schlussfolgerungen, die sich aus den gefährdenden Ereignissen zu ergeben haben. Wir wollen hier nicht von Fronten reden, sondern von der Notwendigkeit, daß alle, die sozialen und nationalen Geistes sind, sich zusammenfinden



Volkstrauertag: Unseren im Weltkrieg gefallenen Helden

müssen. Dabei wissen wir, daß eine hundertprozentige Uebereinstimmung der Meinung und des Wollens wohl nicht gefunden werden dürfte. Ausschlaggebend ist der Wille zum gemeinsamen Handeln. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung kann sich einem solchen Rufe um so weniger entziehen, als vieles von dem, was von den führenden Regierungsstellen ausgesprochen wird, seit je geistiges Fundament unserer Bewegung war. Sie kann ihre Stellungnahme nur aus sich selbst und nicht nach den Beweggründen irgendeiner politischen Partei treffen.

Dabei müssen wir es als Voraussetzung fordern, Freiheit und Recht der Arbeiterschaft zu achten und sie nicht wieder in eine Isolation zurückdrücken zu wollen. Darüber jedoch dürfte sich Keiner im unklaren sein, daß wir dem „sozialen Gedankengut“ hugenbergischer Richtung ablehnend gegenüberstehen, weil in ihm ein Hauptgrund der Förderung des Marxismus liegt. Deshalb geht auch der Wunsch des Stahlhelms nach einem Umbau der Gewerkschaften und einem Reichskommissar für die Gewerkschaften von einer bedauerlichen Nichtkenntnis des Sinnes der Gewerkschaften aus. Das ist um so unverständlicher, als der Führer des Stahlhelms, Reichsarbeitsminister Selbte, in manchen Ausführungen das soziale Recht der Arbeiterschaft weitgehend unterstrich.

Wir alle wissen, daß der Kampf gegen kommunistischen Terror mit allen Mitteln des Staates, daß aber der Kampf gegen den Marxismus als Weltanschauung größtenteils auf dem geistigen Boden geführt werden muß. Offenzulegen ist vor allem, in welchem Umfange die Taten der deutschen Großbourgeoisie mitverantwortlich sind für die sprunghafte Steigerung der marxistischen Stimmen. Denn erst bei Kenntnis der Quellen kann dem Uebel Einhalt geboten werden.

„Der Marxismus enthält nicht die für die geistige Formung einer Nation notwendigen Kräfte“, schrieb unser Verbandsorgan vor zehn Jahren, worauf die sozialistische Presse entgegnete, eine solche Auffassung sei nicht verwunderlich bei einer Schriftleitung, die noch reaktionärer sei als selbst Stegerwald. Zehn weitere Jahre haben gezeigt, was es mit den Aufbaukräften auf sich hat. Aber diese Aufbaukräfte etwa nun bei der Großbourgeoisie suchen zu wollen, dazu gehört schon jene Verkrampfung des Geistes, wie sie bei der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ offenkundig ist. Das neue Deutschland muß getragen sein von einem wahrhaft nationalen und einem wahrhaft sozialen Gedanken. Dazu formieren sich die Kräfte. Wir brauchen nicht noch einmal zu betonen, daß eine christlich-nationale Arbeiterbewegung nirgendwo anders stehen kann als in einer nationalen Front. Diese Front aber muß gehalten sein von starken Gemeinschaftsflämmern, die sich auch wieder legen müssen um die gemeinsame Arbeit der Unternehmer und Arbeiter am Wirtschafts-ganzen, wie es erfreulicherweise z. B. in der Textilindustrie wieder in Erscheinung getreten ist.

Aber diese Zeiten des Schicksals müssen auch an uns eine ernste Frage stellen: Wie ist es möglich, daß eine Gewerkschaftsbewegung, die so viel an tatsächlichen Leistungen und bedeutsamen Erfolgen für die Arbeiterschaft erzielte, welche ihre Leute staatsbürgerlich und wirtschaftlich schulte, gegenüber dem Ansturm junger Kräfte, die an Wollen viel, an Leistung nichts aufzuweisen hatten, in die Abwehr gedrängt wurde? Dieser Frage mag jeder einmal selbst nachgehen. Sie wird zu einer Gewissensforschung für uns alle führen. Darüber das nächste Mal.

G. W.

Bauernhilfe und Arbeiterhilfe

Nicht umsonst hat Reichskanzler Hitler als die zwei Grundpfeiler der Nation den Bauern und den Arbeiter bezeichnet. In ihrer wechselseitigen Stärkung liegt nicht zuletzt die Kraft der Nation. Wenn der eine Satz schon richtig ist: „Hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt“, so steht der andere dem an Richtigkeit nichts nach: „Arbeiternot — Bauertod“. In vollem Bewußtsein des Aufeinanderangewiesenseins dieser beiden Gruppen — und bei der Arbeiterschaft besonders der Metallarbeiterschaft —, haben wir seit Jahr und Tag in eingehenden Artikeln unsere Kollegenschaft mit der Konsumbedeutung der Landwirtschaft vertraut gemacht. Wir wiesen besonders darauf hin, daß nichts falscher sei, als einen Gegensatz zu schaffen zwischen Landwirtschaft und Arbeiter. Allerdings verhehlten wir nicht, daß wir für das Bauertum die Politik des deutschen Großgrundbesitzes, die in ihrer ganzen Schädlichkeit bei den Osthilfeskandalen zutage trat, für verderblich halten. Und zwar vor allem aus vollstlichen Gründen. Denn nicht der Großgrundbesitz ist eine Stütze der Nation, sondern der Bauer. Der Großgrundbesitz ist seit seines Lebens durchweg der raffende Teil gewesen. Wenn uns wegen dieser leider berechtigten Auffassung die „Zeitung für Ostpommern“ (10. Februar 1933) des „Gewerkschaftshasses gegen die Landwirtschaft“ beschuldigt, so weiß sie zwar aus unseren Artikeln, daß ihre Darstellung nicht richtig ist, aber man muß schon was tun, wenn man dem Großgrund-

besitz benachbart ist. Wir wenden uns gegen die politischen und wirtschaftlichen Extratouren des Großgrundbesitzes, gegen seine Schädigung der Interessen der Bauern, mit denen wir als Arbeiter fühlen. Und wir werden noch mehr an Aufklärung über die Osthilfe tun, darauf kann sich auch die „Zeitung für Ostpommern“ verlassen.

Wir bekämpfen absolut nicht eine Stärkung des Bauertums, im Gegenteil, wir suchen sie zu fördern, denn der Bauer ist einer der Großabnehmer von Produkten unserer Metallindustrie. Jedoch, und das ist der springende Punkt, kann eine Bauernhilfe nicht gegen die Lebenshaltung der Arbeiterschaft gemacht werden. Jede einseitige Hilfe, die sich ausschließlich einer Gruppe zuwendet, ohne auf die Konsummöglichkeit anderer Schichten Rücksicht zu nehmen, wendet sich am Ende gegen die unterstützte Gruppe selbst. Eine Landwirtschaft, wie die deutsche, kann ohne einen gewissen Zollschutz nicht auskommen. Aber vor jeder Uebersteigerung sollte man sich hüten.

Nun haben wir in den letzten Wochen eine Reihe einschneidender Zollmaßnahmen erlebt. Nach den seit Anfang Februar vorgenommenen Zollerhöhungen auf Schmalz, Speck, Fleisch und Vieh sind nun pro Doppelzentner die Einfuhrzölle z. B. erhöht: Speiseerbsen von 8 auf 30 RM, Rotkohl, Weißkohl und Wirsing von 2 bzw. 3 auf 8 RM, Salat von 7 auf 20 RM, Tafelkäse von 30 auf 90 RM. Bei rohem Schweine- und Gänsefett erfolgten die Zollerhöhungen von 12 auf 50 RM.

Wir wollen hier nicht wie der Sanjabund, jene große Unternahmervereinigung, diese Zollmaßnahmen einfach als „töricht“, „unsinnig“, „sinnlos“, „zwecklos“ bezeichnen, sondern wir möchten auf die Folgen aufmerksam machen. Die Zollmaßnahmen sollen den Erlös der Landwirtschaft steigern helfen. Aber der Erlös ist ja nicht nur abhängig von der Höhe des Preises, sondern auch von der Menge der verkauften Waren. Sicherlich steigen augenblicklich die Preise. Aber infolge der Verringerung der zur Verfügung stehenden Kaufkraft der breiten Massen sinkt der Absatz der Landwirtschaft. Das macht sich

Zu keiner Zeit

ist die Werbearbeit für die gewerkschaftliche Organisation notwendiger gewesen als heute.

Wie wir seit Jahrzehnten gegen den Marxismus kämpften, so kämpfen wir auch gegen eine Entrechtung der Arbeiterschaft und der Arbeiterfamilie.

Formiert Kolonnen zu stärkster Werbearbeit.

zunächst weniger beim Getreide bemerkbar. Denn Brot muß gekauft werden. Aber es zeigt sich bei den Veredelungsprodukten. Der Frischmilchverbrauch geht dauernd zurück. Trotz des stärkeren Verbrauchs zur Weihnachtszeit ist nach den Angaben des preussischen statistischen Landesamtes der Frischmilchverbrauch im Dezember 1932 um 1,7% geringer als im November. Im ganzen Jahre 1932 sind 20% weniger Frischmilch abgesetzt worden als 1930. Der Fleischverbrauch ist nach der „Fleischerverbandszeitung“ unter den Durchschnitt von 1913 gesunken.

Die Steigerung der Preise allein rettet eben die Landwirtschaft noch nicht, wenn zugleich infolge mangelnder Kaufkraft eine Minderung des Absatzes eintritt. Der lachende Erbe ist der Großgrundbesitz, der neben der Osthilfe die gestiegenen Preise für Getreide und Kartoffeln einsteckt.

Es ist einmal das Wort von der „Anpassung an die Armut der Nation“ gefallen. Eine solche Politik wie die oben gezeigte vergrößert die Armut der Nation. Man sollte sich doch sagen, daß über 6 Millionen Arbeitslose mit ihren Familienangehörigen fast 20 Millionen, ohne die Kurzarbeiter, eben nicht genug verbrauchen können, weil ihre Unterstüßungen gering sind. Dem kann man auch mit Zollerhöhungen nicht abhelfen.

Wie soll denn ein Arbeiter als Konsument die Landwirtschaft flottmachen, wenn selbst die in Arbeit befindlichen kaum genug zum Leben haben?

Aus einer mittleren Industriestadt Württembergs geben wir aus einem Werk folgende Löhne und zwar „gute Löhne“ an:

Name	Arbeits-tage	Beruf des Arbeiters	Gesamt-Lohn	Abzüge	pers. pro Tag	pro Kopf
1. K. S.	18	Hilfsarbeiter	86,68 RM	28,61 RM	4	0,48 RM
2. A. S.	17	Sobler (All.)	110,34 RM	28,46 RM	7	0,39 RM
3. S. K.	19	Elektromont.	141,60 RM	34,25 RM	10	0,35 RM
4. B. J.	18	Mechaniker	128,33 RM	42,76 RM	4	0,71 RM
5. S. A.	17	Akkordarbeiter	115,99 RM	29,37 RM	7	0,40 RM

Die an sich enormen Abzüge entfallen auf Kranken-, Invaliden- und Knappschaftskasse, Arbeitslosen- und Arbeiterhilfe,

Eine Erinnerung:

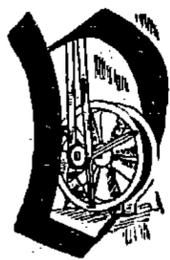
Wer hat 1918/19 den Spartakismus bezwungen?
diese? oder diese?



z. T. Miete bis über ein Drittel des Gesamtlohnes. Nicht enthalten sind die verschiedenen Steuern, Feuerwehrabgabe, Kirchensteuer, Wasserzins (20 RM jährlich), Kanalisierung, und besonders erwähnungswert ist die Bürgersteuer. Diese Steuer wirkt sich zu einem Skandal aus.

Solche Verhältnisse sind aber in ganz Deutschland bei der Arbeiterschaft zu finden. Woher sollen die Mittel kommen, um mehr Agrarprodukte zu kaufen? Letztlich hilft alle künstliche Steigerung der Preise gar nicht, wenn auf der anderen Seite dadurch noch eine Kaufkraftschmälerung eintritt. Da helfen auch alle schönen Worte des Herren Jugenberg und Rohr nicht. Die Tatsachen sprechen gegen sie. So lange nicht in ganz anderem Umfange eine Steigerung der Kaufkraft der breiten konsumierenden Schichten erfolgt, schlägt jede weitere Zollerhöhung und Preiserhöhung zum Schaden der Landwirtschaft selbst aus. Die einseitige Steigerung der Zölle, die Kontingenzpläne, welche immer noch weiter spuken, werden uns allmählich, aber sicher, in eine wirtschaftspolitische Isolierung hineintreiben, welche für Exportindustrie und Arbeiterschaft das Schlimmste befürchten läßt. Agricola.

Unsere Westmarkttagung im Saargebiet



Die hundertfünfzig Delegierte aus allen Ortsgruppen des Saargebietes und der mit dem Saargebiet wirtschaftlich auf das engste verbundenen Westpfalz versammelten sich zur Bezirkskonferenz im großen Festsaal des Volkshauses in Burbach, der für den Christlichen Metallarbeiterverband historische Stätte. Hier wurde vor 27 Jahren der erste große Kampf in der deutschen Schwerindustrie vom Christlichen Metallarbeiterverband geführt für die heiligen Menschenrechte des Arbeiters.

Wie immer bei Tagungen des Christlichen Metallarbeiterverbandes war auch die Presse des Saargebietes zahlreich vertreten. An Stelle des in letzter Minute verhinderten 2. Verbandsvorsitzenden Kollegen Schmitz wurde Verbandsjugendleiter Kollege Söcher begrüßt. Diese denkwürdige Tagung erhielt einen schmerzlichen Rahmen durch das entsetzliche Unglück auf der Keunkirchener Sütte, bei dem, soweit bei Niederschrift dieser Zeilen bekannt, 56 Tote, 15 Vermisste und 164 Schwerverletzte zu beklagen sind. Darunter auch eine Anzahl Mitglieder des Christlichen Metallarbeiterverbandes, von denen einer als Delegierter an der Tagung teilnehmen sollte. Trauer und Ernst lagen auf den Gesichtern der Konferenzteilnehmer, als Kollege Piel bei gesenkten Fahnen der Verunglückten und Toten gedachte. Stehend hörten die Delegierten diese allen aus dem Herzen gesprochenen Worte an.

„Tieferschüttert von dem entsetzlichen Unglück, das zahlreiche Familien in Leid und Not gestürzt, spricht die Konferenz allen Beteiligten das herzlichste Beileid und Mitgefühl aus.“

Die Konferenz erwartet strengste Untersuchung der Ursachen dieser Katastrophe und die Ergreifung von Maßnahmen zur Verhinderung derselben auf anderen Werken.

Alle in Frage kommenden Stellen, besonders die der Regierungskommission, werden erjucht, durch Bereitstellung ausreichender Mittel wenigstens die materielle Not aus den Reihen der von diesem Unglück Betroffenen fernzuhalten.“

Wie die Saararbeiterschaft über die Entwicklung der Dinge im Reiche denkt, ging schon aus den Begrüßungsworten des Bezirksleiters Kollegen Piel hervor, als er des dem heutigen System geopfertem Staatssekretärs Dr. Grieser als eines der wenigen aufrichtigen und tatkräftigen Freunden des Saargebietes gedachte. Eines Mannes, der nicht nur, wie viele andere, die jedes „System“ mitmachen, schöne Worte, sondern auch Taten für das Saargebiet übrig hatte.

Zwangsläufig aus den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen des Saargebietes heraus befaßte sich der Jahresbericht des Kollegen Piel mit der politischen, sozialen, arbeitsrechtlichen und gewerkschaftlichen Lage in dieser Kolonie im Herzen Europas, die sich anders entwickelte, als es viele ihrer Befürworter sich gedacht. Wie notwendig dieser Ausbau unseres Verbandes auch an der Saar ist, ging aus dem Bericht über die wirtschaftliche Entwicklung dieses Gebietes hervor. Diese Entwicklung



Saarbrücken vom Westen aus

bedarf aus grenzlandpolitischen Gesichtspunkten heraus auch der ernstesten Aufmerksamkeit und Förderung durch die maßgebenden Reichsstellen. Hier ist mit schönen Worten nichts getan. Schon auf der Saarbrücker Generalversammlung unseres Verbandes im Jahre 1928 hat derselbe das Verkehrsproblem der Westmark mit vollem Recht als das A. und O. jeder wirtschaftsfördernden Grenzlandpolitik seitens des Reiches bezeichnet. Es ist selbstverständlich, daß unser Verband im Saargebiet auch auf der diesjährigen Bezirkstagung diese Forderung erneut aufstellte und volle Berücksichtigung verlangte.

Bei der vollständigen Bedeutungslosigkeit der Parteien im Saargebiet ist es selbstverständlich, daß sich die Konferenz auch mit den steuerpolitischen Problemen befassen mußte. Dies um so mehr, als das im Saargebiet bestehende Steuersystem als durchaus unsozial bezeichnet werden muß. Wenn zudem noch die Mitglieder der saarländischen Regierung als exterritorial gelten und keinen Centimes Steuern von Einkommen bezahlen, die weit höher sind als die des Reichskanzlers, so kann es vom Arbeiterstandpunkte aus nur begrüßt werden, wenn der Kollege Pich in seinem Bericht nicht nur eine Besteuerung dieser Einkommen verlangte, sondern auch diejenige des sog. Peküls, d. h. der Riesensummen, die den von der Regierungskommission ernannten, meist ausländischen Beamten bei ihrem Ausscheiden aus den „Diensten“ des Saargebietes ausgezahlt werden. Es dürfte dem gesunden Rechtsempfinden zuwiderlaufen, daß diese erheblichen Beträge, die z. B. bei der vor kurzem ausgeschiedenen Stenotypistin über 45 000 Frs. nebst einem vollen Jahresgehalt von zirka 10 000 Frs. betragen, nicht versteuert werden, während der letzte Centimes an Arbeiterlohn rücksichtslos von der Steuerbehörde erfaßt wird.

Trotz der Schwierigkeiten auf allen Gebieten konnte Kollege Pich die Entwicklung des Verbandes in den letzten Monaten als nicht unerfreulich hinstellen. Das selbe gilt von der Jugendagitation. Auch hier haben einige Ortsgruppen noch manches nachzuholen. Die Voraussetzungen zu einer erfolgreichen Arbeit sind gegeben, wie dies die Entwicklung in den Ortsverwaltungen zeigt, welche tatkräftig an das Problem herantreten. Daß diese Arbeit auch von der Mitgliedschaft anerkannt wurde, ging aus den Ausführungen der einzelnen Diskussionsredner hervor. Es waren zwölf Kollegen aus den verschiedensten Industriezweigen, die Stellung zu den Ausführungen des Bezirksleiters nahmen und ihm das Vertrauen der Mitglieder versicherten. Das ist im Saargebiet keine bloße Formsache gegenüber all den Angriffen, die gegen die Gewerkschaften und ihre Führer von bezahlten und freiwilligen Gegnern erhoben werden.

Darauf sprach Kollege Föcher über „Gewerkschaften und Staatsführung“. Diese Dinge mußten auch einmal im Saargebiet behandelt werden. Das Bekenntnis zur sozialen Volksgemeinschaft durch Kollegen Föcher begrüßt die Saararbeitserschaft besonders stark, weil es auch im Saargebiet Elemente gibt, die trotz nationaler Gefahrenmomente die Gewerkschaften mehr oder minder offen bekämpfen. Berechtigt war die Auffassung, daß die Gewerkschaften die Arbeiterinteressen unter jedem Regime zu vertreten haben. Es geht aufs Ganze in Deutschland, die Arbeiterschaft muß bereit sein. Aber auch das Verhältnis zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft gibt zu den größten Befürchtungen Anlaß. Dies zeigte die Aussperrung in der Siegerländer Eisenindustrie. Hier gilt es auf Unternehmerseite umzukehren von einem Wege, der ins Verderben führt. Nicht einseitige Diktaturgelüste, nicht Scharfmachergeist, sondern Vertrauen, Verständigung und Eintracht sind auch im Wirtschaftsleben notwendig, sollen die schweren Krisenzeiten überstanden werden. Einigungs- und Schlichtungswesen dürfen nicht ab-, sondern müssen ausgebaut werden. Die Lage unseres Volkes erfordert Verständigungsbereitschaft und Verantwortungsbewußtsein.

Erfreulich war die Mitteilung des Kollegen Föcher von der Entwicklung unseres Verbandes auch im Reiche. Es geht aufwärts. Reicher Beifall dankte dem Redner. Mit Dankworten und einem begeistert aufgenommenen Hoch auf Verband und deutsches Vaterland konnte Kollege Pich nach Absingen des Deutschlandliedes eine Tagung schließen, von der Segen ausgehen wird für Verband und deutsche Saar.

(— T. —)

Aus der Tätigkeit unserer Betriebsvertreter



In der letzten Nummer unseres Verbandsorgans haben wir die Aufgabe und Tätigkeitsgebiete des Betriebsrates beleuchtet. Heute sollen die Aufgaben der Gruppenräte, also der Arbeiter- und Angestelltenräte, herausgestellt werden. Maßgebend kommt dabei § 78 BRG. in Betracht. Nach ihm hat der Arbeiterrat und der Angestelltenrat oder, wo ein solcher nicht besteht, der Betriebsrat die Aufgabe, darüber zu wachen, daß in dem Betriebe die zugunsten der Arbeitnehmer erlassenen gesetzlichen Vorschriften und die maßgebenden Tarifverträge und Schlichtungssprüche durchgeführt werden. Soweit eine tarifvertragliche Regelung nicht besteht, hat der Arbeiterrat im Benehmen mit der Gewerkschaft bei der Regelung der Löhne und sonstigen Arbeitsverhältnisse mitzuwirken, namentlich auch bei der Festsetzung der Akkord- und Stücklohnsätze oder der für ihre Fortsetzung maßgebenden Grundsätze. Ferner hat er mitzuwirken bei der Einführung neuer Lohnungsmethoden, bei der Festsetzung der Arbeitszeit, bei der Regelung des Urlaubs, bei Erledigung von Beschwerden über die Ausbildung und Behandlung der Lehrlinge.

Eine wichtige Aufgabe des Arbeiterrats besteht darin, daß er auf die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren seiner Gruppe im Betriebe zu achten hat, daß er die Gewerbeaufsichtsbeamten und die sonstigen in Betracht kommenden Stellen bei dieser Bekämpfung durch Anregungen, Beratung und Auskunft unterstützt und auf die Durchführung der gewerbepolizeilichen Bestimmungen und der Unfallverhütungsvorschriften hinzuwirken hat. Bei Kriegs- und Unfallbeschädigten hat er für eine ihren Kräften und Fähigkeiten entsprechende Beschäftigung durch Rat, Anregung, Schutz und Vermittlung bei dem Arbeitgeber und den Mitarbeitern Sorge zu tragen.

Endlich hat der Arbeiterrat die Aufgabe, soweit eine tarifvertragliche Regelung nicht besteht, nach Maßgabe der §§ 81 bis 83 mit dem Arbeitgeber Richtlinien über die Einstellung von Arbeitnehmern seiner Gruppe zu vereinbaren und nach Maßgabe der §§ 84 bis 90 (Einspruchsverfahren) bei Entlassungen von Arbeitnehmern seiner Gruppe mitzuwirken.

Wenn man die im BRG. vorgesehenen Aufgaben, Rechte und Pflichten der Betriebs- und Gruppenräte richtig versteht und überlegt, dann muß man zugeben: Es steckt doch

etwas sehr Wertvolles in diesem Gesetz, und es kommt nur darauf an, daß auch herausgeholt wird, was möglich ist. Freilich darf der einzelne Betriebsvertreter dabei nicht nur nach dem Gefühl arbeiten, es müssen vielmehr die einzelnen Gesetzesbestimmungen beachtet werden, wozu ein gewisses Maß von Selbststudium unbedingt erforderlich ist. Der Verband gibt in seinen Versammlungen und Kursen die Grundlagen dazu.

Wenn wir uns nun fragen: „Kommen die Betriebsvertreter ihren Aufgaben denn auch nach, machen sie von ihren Rechten und Pflichten auch entsprechenden Gebrauch?“, dann können wir für unsere Betriebsvertreter sagen: Jawohl, sie bemühen sich jahraus, jahrein, in den verschiedensten Situationen für die Belegschaften herauszuholen was möglich ist. Sie versuchen auch häufig, die Betriebsleitung durch Rat zu unterstützen, um dadurch mit ihr für einen möglichst hohen Stand und für möglichstste Wirtschaftlichkeit der Betriebsleistungen zu sorgen (§ 66 BRG.), doch läßt man sie in diesem Aufgabengebiet seitens der Betriebsleitungen meist nicht zu Worte kommen. Mit den Äußerungen: „das geht euch nichts an“, oder: „davon versteht ihr nichts“, weist man sie ab. Das ist sehr bedauerlich, denn darüber besteht doch wohl kein Zweifel, daß innerhalb der Arbeiterschaft sehr talentvolle, geschulte Menschen sind, daß eine Unsumme von Erfahrungen und Beobachtungen ungenutzt bleibt, nur sehr häufig deshalb, weil man die Arbeiterschaft einfach nicht hochkommen lassen will.

Reichskanzler Hitler nannte am 10. Februar d. J. in einer bedeutsamen Rede den deutschen Arbeiter den zweiten Pfeiler unseres Volkstums (neben dem Bauern), und dieser deutsche Arbeiter soll in Zukunft kein Fremdling mehr sein im Deutschen Reich. Dieses Bekenntnis freut uns; es ist der gleiche Gedanke, den wir schon vor Jahrzehnten aussprachen, als wir sagten, der Arbeiter muß Gleichberechtigung erhalten, er muß Mitbestimmungsrecht im Betrieb haben. Das setzt aber voraus, daß die Arbeitgeber gewillt sind, das gesetzlich festgelegte Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte auch zu respektieren, daß sie zur richtigen Gemeinschaftsarbeit Gelegenheit geben und nicht bei jeder Gelegenheit sagen: „Ihr könnt zwar als Betriebsvertreter tätig sein, aber bildet euch ja nicht ein, daß wir euch als gleichberechtigt anerkennen. Solange das nicht ist und nicht praktisch gehandhabt wird, bleibt der Arbeiter ein Fremdling in Betrieb, Wirtschaft

und Volk. In dem Bestreben, den Arbeiter wirtschaftlich und gesellschaftlich zu heben, gehen wir mit der neuen Regierung einig. Wir brauchen uns dazu nicht umzustellen, und unsere Betriebsvertreter sind stets in diesem Sinne tätig.

In der Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer dem Arbeitgeber gegenüber können die Betriebsvertreter positive Erfolge aufweisen. Der Christliche Metallarbeiterverband ist zur Zeit daran, durch eine Erhebung einen Teil der Betriebsvertretertätigkeit festzustellen. Wir haben an 400 unserer führenden Betriebsvertreter Fragebogen geschickt, um festzustellen: Name der Firma, Produktion, Arbeiterzahl, Organisationsverhältnis, Zusammensetzung des Arbeiterrats, Zahl der Sitzungen 1932, Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß, dem Arbeitsgericht und der Gewerbeaufsichtsbehörde, Anrufe der letzteren, Besichtigungen damit. Ferner fragen wir, ob § 71 beachtet wird, ob Sprechstunden eingeführt und wie dieselben besucht werden, wie Büroeinrichtung ist, ob ein Betriebsvertreter nach § 77 BRG. als Unfalluntersucher aufgestellt ist, ob § 78 in seinen Untergruppierungen eingehalten wird, ob der Arbeiterrat bei der Festsetzung von Strafen mitwirkt, wie die Erfahrungen mit § 84 (Entlassungsschutz) sind, desgleichen wie sich § 96 (Betriebsvertreterkündigungsschutz) bewährt hat und endlich, in welcher Form sich der Verkehr zwischen der Betriebsvertretung und dem Arbeitgeber und dessen Stellvertreter abspielt.

Wir hatten zur Tagung des Reichsausschusses unserer Betriebsvertreter 146 Fragebogen bearbeitet (es laufen immer noch welche ein) und können sagen, es wird doch eine ganz respektable Leistung von unseren Betriebsvertretern vollbracht. Die Belegschaften und die einzelnen Arbeiter würden staunen, was sie verloren haben, wenn das BRG. und unsere tüchtigen Betriebsvertreter nicht mehr da wären. Wir berichten im einzelnen in einem folgenden Artikel. Heute sei aber doch daraus folgendes festgestellt: Fast alle Berichte sind darin einig, daß politisch radikal eingestellte Betriebsvertreter, insbesondere die RSD.-Leute, bei der eigentlichen Betriebsratsarbeit vollständig versagen. Auch die Sozialisten machen zum Teil mehr Parteilarbeit als Vertretung der Arbeiterinteressen.

Aus diesen Gründen müssen unsere Mitglieder alles daran setzen, daß bei den jetzigen Betriebsratswahlen unsere Vorschlagsliste stark gewählt werden. Je mehr christliche Betriebsvertreter, um so mehr Erfolge aus dem Betriebsratgesetz.
Ungert.

Verbandsgebiet

Jubilarehrung in Duisburg-Hochfeld

Erneut fanden sich die Hochfelder christlichen Metallarbeiter mit ihren Familien am 19. Februar 1933 zusammen. Welchen Anklang diese Familienfeier bei unseren Mitgliedern fand, bewies der überfüllte Saal des katholischen Vereinshauses. Der Vorsitzende der Zahlstelle, Kollege Pohlheim, begrüßte alle Anwesenden auf das herzlichste, besonders aber den 80jährigen Jubilar Kollegen Remy und den Kollegen Frett von der Ortsverwaltung.

Kollege Frett wies in kurzen Worten auf die Notwendigkeit der Gewerkschaften hin und forderte besonders die Jugend auf, im Sinne unserer Alten zu arbeiten. Er stellte der Jugend den Jubilar als Vorbild hin. Darauf überreichte er dem Kollegen Remy im Namen der Hauptverwaltung die Silbernadel und die Ehrenurkunde und wünschte ihm auch im Namen der Ortsverwaltung noch eine recht lange Gesundheit.

Eine Anzahl Kollegen und Mitarbeiter sorgten für weiteren trefflichen Gedankenaustausch. Dann ging es in den gemütlichen Teil. Lebhaften Beifall fand auch der Ehrenwalzer des Jubilars, der der Jugend bewies, daß man einen Walzer auch mit 80 Jahren noch tanzen kann. Der Abend verging viel zu schnell. Allgemeines Bedauern, als man nach Hause mußte, allgemeiner Wille aber auch, in der nächsten Zeit für den Verband zu arbeiten und zu werden, so daß man auch von Hochfeld sagen kann: Vorwärts und aufwärts!
F.

Generalversammlung in Dessau

Die Verwaltungsstelle Dessau hielt im Evangellischen Jugendheim ihre diesjährige Haupt- und Generalversammlung ab. Nach der Begrüßung

durch den Vorsitzenden und nach der Verlesung des Protokolls der letzten Versammlung erstattete Kollege Schaaß den Geschäfts- und Kassenbericht. Der Kollege betonte, daß im verflossenen Jahre trotz der großen Krise noch über 940 RM beim Arbeitsgericht als Entschädigung für ungerechte Entlassungen usw. errungen werden konnten. Ein schlagender Beweis für die unbedingte Notwendigkeit des Verbandes. Hierauf bestätigten die Revisoren die Richtigkeit der Kassenbestände, und dem Vorstand wurde Entlastung erteilt. Bei der nun folgenden Vorstandswahl wurden alle Kollegen bis auf den 1. Vorsitzenden, der wegen Überlastung zurücktrat, wiedergewählt. Der als Redner anwesende Bezirksleiter Kollege Kirchner (Hildesheim) gab sodann einen Rückblick über das verflossene Jahr in wirtschaftlicher und gewerkschaftlicher Beziehung. Er hob ganz besonders hervor, daß ohne die Gewerkschaften die Arbeiter heute bestimmt schon da ständen, wo sie sich vor 50 Jahren befanden, vielleicht schon noch weiter zurück. Ferner betonte der Redner, daß trotz aller Behauptungen gewisser Kreise die Gewerkschaften fest und unerschütterlich dastehen und der Zukunft mutig und ruhig entgegensehen. Mit der Aufforderung an alle Kollegen, auch in diesem Jahre fest und treu zum Verbande zu stehen, schloß der neugewählte Vorsitzende die sehr gut verlaufene Versammlung, die auf alle Kollegen eine nachhaltige Wirkung ausüben wird.
W. Hoffmann.

Ein Mahnruf an die christlichen Metallarbeiter

Wir als christliche Metallarbeiter wollen keine Parteipolitik betreiben und lehnen auch jede in unserem Verbands ab. Aber doch erscheint es mir als notwendig, in den Wirren dieser Zeit unsere Kollegen, insbesondere die, die das harte Brot der Arbeitslosigkeit essen müssen, darauf

aufmerksam zu machen, daß wir mehr als bisher uns zusammenschließen müssen, um in diesem Kampf, in dem wir augenblicklich stehen, gewappnet zu sein, damit wir nicht unterliegen. Nehmen wir uns da einmal die alten, ehrlichen, wackeren und geduldigen Kämpfer zum Vorbild. Wie haben sie gekämpft und gelitten, um das Los des Arbeiters zu verbessern, und was haben sie nicht alles erreicht. Denken wir nur einmal an die Jahre 1875 — 1885. Wie war es da um den Arbeiterstand bestellt? Frauen und Kinder wurden in den Betrieben beschäftigt. Die Arbeitszeit betrug 10, 11, 12 und sogar 16 Stunden pro Tag. Sozialversicherung, Tarifvertrag, Schlichtungswesen, Arbeitslosenversicherung, Arbeitsgericht und dergleichen mehr kannte man damals überhaupt nicht. Wer in der damaligen Zeit arbeitslos wurde und die Armenfürsorge in Anspruch nehmen mußte, bekam eine ganz kärgliche Unterstützung, zum andern stand er mit dem Zuchthäusler auf einer Stufe; denn er war des Wahlrechts beraubt.

Diese Errungenschaften sind heute hart umkämpft. Scharf heute als morgen möchte man sie beseitigt wissen. Wie mancher brave, ehrliche und liebe Kollege ist durch sein unverschuldertes Arbeitslossein in die Reihen unserer Gegner getreten. Diesen gilt vor allem das Wort: Zurück, lieber Kollege, zur Besonnenheit, zurück in den Christlichen Metallarbeiterverband! Laß es nicht wie einen Alp auf deiner Seele drücken, daß du dazu beitragen willst, daß das, was unsere alten Kämpfer und führenden Kollegen errungen haben, so schändlich zunichte gemacht wird. Wenn je zuvor, dann ist es heute um so nötiger, daß die wahre Treue und Verbundenheit zu unserem Verbands in uns wach und zur Tat wird. Wenn wir so einig in unserem Willen und treu zu unserem Verbands sind, du, der du im Betriebe noch beschäftigt bist und wir, die wir draußen stehen und arbeitslos sind, zusammenschließen, dann wird auch kein politischer Stimmgabel uns das nehmen können, was wir uns zum Ziel gesetzt haben, welches ist: Gleichberechtigung und Mitbestimmung in der Wirtschaft. K. Wagener jr., Eversterg.

Offenbach will vorwärts in der Werbearbeit

Für die Ortsgruppe Offenbach am Main war es ein besonderes Ereignis, in einer gutbesuchten Mitgliederversammlung den Verbandschriftleiter Kollegen Georg Wieber zum ersten Male als Referenten zu haben. Vorsitzender Kollege Wingen der eröffnete die Versammlung und erteilte Kollegen Wieber das Wort zu einem ausgezeichneten Referat. Er sprach in überzeugender, vorausschauender Art über die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse der Gegenwart. Viel von dem, was er sagte, haben wir durch die letzten Wochen schon bestätigt gefunden.

Hierauf sprach Bezirksleiter Kollege Wesp einige ergänzende Worte zum Referat. In scharfen Ausführungen wandte er sich gegen die Auslassungen des Landesgeschäftsführers Dümas auf dem Hessischen Bauernstag, der erklärte, „die christlichen Gewerkschaften seien in ihrem Kampf gegen die Kontingente die Totengräber des deutschen Volkes“. Gerade in Offenbach sieht man die Schädlichkeit der Kontingentierungspolitik durch das dauernde Abwandern der ausländischen Aufträge. Ganze Aktenbündel der Handelskammer Offenbach, die sich gegen diese Politik wenden, liegen bei der Regierung zu Darmstadt. Mit einem Appell, alles daran zu setzen in dieser schweren Zeit, den letzten christlich denkenden Metallarbeiter unserem Verbands zuzuführen, schloß er seine mit Interesse aufgenommenen Ausführungen.

Die Aussprache über das großangelegte Referat des Kollegen Georg Wieber zeigte den Willen der Kollegenschaft, alles für unseren Christlichen Metallarbeiterverband einzusehen. Kollege Wingen der schloß mit einem Hoch auf den Christlichen Metallarbeiterverband und unser Vaterland die anregend verlaufene Versammlung. Za.

Gegen die unerhörte Bürgersteuer in Peine

Allenthalben machen sich jetzt bei den Lohnzahlungen die Auswüchse in der Bürgersteuerfestsetzung für das Jahr 1933 bemerkbar. Die im vorigen Jahre durch die Regierung Papen vorgenommene Bürgersteuerregelung rief geradezu unsinnige Steigerungen hervor. So wurde für Peine ein Satz von 1000% verfügt.

Für die steuerpflichtige Arbeiterschaft ist dieser Satz vollkommen untragbar. Soweit sie überhaupt in Arbeit steht, ist sie in Kurzarbeit beschäftigt, wodurch vielfach das Einkommen unter die Säge der Wohlfahrtsfürsorge sinkt. Der Christliche Metallarbeiterverband hat nun eine Überprüfung der Auswirkungen der Bürgersteuerbelastung bei Walzwerksarbeitern vorgenommen, die, wie nachfolgende wahllos herausgegriffene Beispiele zeigen, die Unhaltbarkeit derselben schlagartig beleuchtet. Der Walzwerksarbeiter K. J. (Sandwerker) verdiente im Monat Januar 1933 insgesamt 57,45 RM. Davon kamen an Sozialbeiträgen in Abzug 9,75 RM, so daß noch ein Einkommen von 47,70 RM verblieb. Von diesem Betrage wurde nun noch eine Bürgersteuer von 2,50 RM abgezogen. Die Familie ist drei Köpfe stark, darunter ein arbeitsloser Sohn, der noch durchgeschleppt werden muß. Ein anderes Beispiel: Der Walzwerksarbeiter K. U., ebenfalls Handwerker, hat im gleichen Monat 87,90 RM verdient, wovon an Sozialbeiträgen 15,10 RM in Abzug kamen, so daß noch verblieben 72,80 RM. An Bürgersteuer wurden abgezogen 2,50 RM. Die Familie zählt 5 Köpfe, darunter 3 Kinder unter 15 Jahren. Das Bareinkommen in beiden Fällen liegt unter den Sätzen der Wohlfahrtsfürsorge. So wie hier liegen die meisten Fälle bei den Kurzarbeitern.

Von Anfang an hat der Christliche Metallarbeiterverband gegen diese ganz unsoziale Belastung durch die hohe Bürgersteuer scharfsten angekämpft. Und mit Erfolg. Die zuständigen Stellen mußten einsehen, daß solche Auswirkungen unhaltbar sind. Es sind nun Milderungen geschaffen worden, und zwar derart, daß in allen Fällen, in denen das Einkommen nicht höher liegt als 75% über dem Richtsatz der Wohlfahrtsfürsorge, der jeweils in Frage kommt, eine vollkommene oder teilweise Befreiung vorgenommen wird. Das Steueramt stellt zu diesem Zweck Befreiungen aus, die dem Arbeitgeber auszuhandigen sind, auf denen die höhere Freigrenze eingetragen ist.

Trotz dieser Milderungen stellt der Bürgersteuerjah immer noch eine Ueberspannung dar, gegen die der Kampf entschieden weitergeführt wird. Man rede nicht von den großen Wohlfahrtslasten, die aufgebracht werden müssen, und die solche hohen Sätze erforderlich machen. Solange auf der anderen Seite Millionen Subventionen bewilligt werden — man denke an Industrie- und Bankensubventionen, an Obhilfe usw. — muß die Arbeiterschaft gegen eine solche steuerliche Auspressung, die den Rahmen des Erträglichsten übersteigt, ankämpfen und durch die gewerkschaftliche Organisation eine sozialgerechte Gestaltung der Dinge erringen. Darum gilt jetzt erst recht die Parole: Die Reihen geschlossen, Walzwerks- und alle anderen Metallarbeiter. hinein in den Christlichen Metallarbeiterverband! Ze.

Pestalozzi Wilhelm Schäfer

XIII.

In kaum einem Monat sind es flehzig Waisen, und obwohl allmählich mehr Stuben fertig werden und auch schon fünfzig Betten dastehen, so daß er ihrer nur zwanzig am Abend heimzuführen muß, die tagsüber kommen, ist er immer noch allein unter ihnen. Er weiß keinen, der ohne Schaden zwischen ihn und die verzeuhten Seelen seiner Zöglinge treten könnte.

Als die Frühlingssonne den Schnee wegschmilzt, daß sich die grünen Matten immer höher hinauf in die weißen Berge heben, ist in der verwahten Schar die Menschlichkeit schon äußerlich zu Hause; die älteren Kinder helfen ihm, daß sich die Kleineren sauber halten, die ordentliche Nahrung hat vielen die Baden gerötet, und nun wartet er, daß die Frühlingssonne sie bräune. Einige lockt ihr Straßenblut und manchmal geschieht es, daß eins in der Dämmerung entwischt, andere kommen dafür wieder; es ist ein wenig wie ein Bienenstock, wenn die Wärme drängt. Er läßt es sich nicht verdrießen, so sehr ihn der Undank und die Untreue schmerzen; denn nun ist er längst in den Dingen mit ihnen, die ihm mehr gelten als ordentliches Essen und saubere Kleidung.

Das Abc

Längst hat Heinrich Pestalozzi angefangen zu unterrichten; anfangs ist er sich vorgekommen wie der alte Lehrer, zu dem ihn das Babel brachte, so ungebärdig sitzen die vielen vor ihm da. Doch merken sie bald, wenn er sich laut Sprechend hinstellt, daß sie alle nur sein einziger Zuhörer sind. Er lehrt sie, seine Sätze im Chor zu wiederholen, und lockt Antworten heraus, die sie gemeinsam sagen können; täglich gewöhnt in dieser Kunst, die auch die Unaufmerksamen in seinen Sprachkreis zieht, entdeckt er das Geheimnis der Klasse, die aus dem Vielerlei von Schülern ein Wesen macht, so daß es gleich ist, ob ihrer drei oder dreißig dastehen. Dabei nimmt er sich ängstlich in acht, etwas Fremdes in sie hineinzusprechen; immer lauert er, wo ihre Sinne und Gedanken sind, um sie für sich einzufangen. Jrgendwo ist ein Riß in der Wand, der wie ein

seltsames Tier aussieht, einen langen Schnabel wie eine Ente, aber Füße wie ein Kalkäfer hat; ob sie wollen oder nicht, wenn ihre Blicke durch den Raum gehen, hängen sie daran fest; er fängt ihnen das Angeheuer ein in Sätze, die sie willig nachsprechen, weil sie von ihnen selber gefunden sind.

Einige haben Bücher, und ein paar können sogar ein wenig lesen; er zeigt den andern, wo diese Hexenmeisterkunst ihre Herkunft hat. Er läßt sie in den Worten die tönenden und zischenden Laute finden und macht ein lustiges Spiel daraus, ihrer zwei miteinander zu verbinden,



Heinrich Pestalozzi lehrt die Waisenkinder das Abc.

Wahlstadt macht sich

Die diesjährige und erste Generalversammlung, geleitet vom Kollegen L a r g e, war sehr gut besucht. Kollege D o g t (Mannhelm) sprach über das Thema: „Warum und wofür wir die Christlichen Gewerkschaften brauchen“. Ein jeder Kollege war begeistert von den Ausführungen, die uns Kollege D o g t auseinandergeliegt hat. Er ernannte großen Beifall. Als 1. Vorsitzender wurde Kollege S a c k e l, als 2. Vorsitzender Kollege B ü r g e r, als 1. Schriftführer Kollege B e r n h a r d, als 2. Schriftführer Kollege U l l e s, als 1. Kassierer Kollege L a r g e, als 2. Kassierer Kollege R e i s, als Beisitzer Kollege M ü l l e r und Kollege W u n d e r l e gewählt. Kollege S a c k e l dankte den Kollegen, daß sie ihm das Vertrauen schenken und ihn zum 1. Vorsitzenden gewählt haben. — Daß in der heutigen Zeit noch Aufnahmen erfolgen können und eine Werbetätigkeit entfaltet werden kann, hat die Ortsgruppe Wahlstadt bewiesen. Die Mitgliederzahl stieg im Jahre 1932 von 2 auf 23. Die Generalversammlung faßte den Entschluß, alles daranzusetzen, um im Jahre 1933 die Mitgliederzahl von 40 zu erreichen.

Frik Large.

Der Kollege, der sich nicht zu Wort meldet

Der Referent hat gesprochen — klar und deutlich — nicht zu wenig, nicht zu viel. Der Vorsitzende dankt und stellt die Rede zur Debatte. Zunächst Umschau. — Niemand! — Doch, da meldet sich einer: „Kollegen, wir haben die Rede des Kollegen B. gehört, wir haben nichts mehr hinzu-

zufügen, aber — — — usw.“ Da meldet sich der z w e i t e — vielleicht gleiche Gedanken. Der d r i t t e hat kaum etwas Neues; der v i e r t e, o w e h — auch der! — Heimlich ziehst du die Uhr, schließt nach deinem Gut. Ja, warte nur, die Kartoffeln brennen nicht an! Wir sehen es, du hast was auf dem Herzen. Melde dich zu Wort, schütte dein Herz aus! Nein! Versagt dir die Zunge den Dienst? Hast du Lampenfieber? Hast du Angst, du sagtest was Unrechtes? Du schwelgst — — und da redet wieder einer, der immer wieder redet. Eben, weil du nicht sprichst, redet er, — und da er d e i n e Gedanken nicht hat und ebenso auch keine b e s o n d e r e n Gedanken hat, redet er das, was a n d e r e v o r i h m schon g e s a g t haben, weil eben g e r e d e t werden muß — und d e i n e g u t e n G e d a n k e n bleiben verborgen, weil du nicht sprichst. Dir kommt das Gähnen an, hörst nicht mehr so recht auf das, was gesagt wird. Kommt das Gähnen auch. Ja, ja, wenn du gesprochen hättest —. Und da meldet sich wieder einer zu Wort und redet, aber er spricht nicht deine Gedanken aus, weil er deine Gedanken nicht kennt — Mit einem Seufzer der Erleichterung hörst du die Versammlung schließen, und du gehst nach Haus. Unterwegs hat sich dir die Zunge gelöst — jetzt kannst du schimpfen wie ein Rohrspatz — deine Mitkollegen auch.

Darum, Kollege, der du nicht redest, wenn du in der Versammlung bist, aber desto mehr d r a u ß e n schimpfst, bringe das nächste Mal noch andere Kollegen mit, die sonst nicht kommen! Dann schütte dein Herz aus, kurz und sachlich, damit nicht nur d i e r e d e n, die immer reden. Denn diese reden ja nur, weil du dich nicht ausdrückst.

Schriftführer P. T., Gelsenkirchen.

Branchenbewegung

Branchenarbeit in Duisburg

Genau so vielgestaltig wie die einzelnen Berufsarten in der Metallindustrie sind, genau so verschiedenartig ist die Zusammensetzung der Mitgliedschaft in unserem Christlichen Metallarbeiterverband. Alle Gruppen haben besonders gelagerte Berufs- und Betriebsverhältnisse. Die natürliche Folge ist der Wille, die einzelnen Gruppen besonders organisatorisch zu erfassen und deren Wünschen gerecht zu werden.

Die in unserem Verband mit größter Sorgfalt gepflegte Branchenarbeit ist deshalb eine der wichtigsten Voraussetzungen, um das im § 2 unserer Verbandsfassung gesteckte Ziel, die geistige und gewerbliche Ausbildung der Mitglieder, zu fördern. Die geistige und gewerbliche Weiterbildung kann und soll allgemeiner Natur sein. Unbedingt notwendig ist aber eine speziell fachliche Weiterbildung. Nur der fachlich tüchtige Arbeiter kann sich dem Arbeitgeber sowohl, als auch seinem weltanschaulichen Gegner gegenüber durchsetzen. Der fachlich Befähigte hat in Krisenzeiten die erste Aussicht, seinen Arbeitsplatz zu halten oder einen anderen zu bekommen. Diese notwendige fachliche Ausbildung kann für die einzelnen Berufsgruppen nur in gut geleiteten Branchen vermittelt werden. Ein gewerk-

schaftlich tüchtiger, im Fach erfahrener Branchenleiter muß die Triebkraft jeder Branche sein. In der Ortsverwaltung Duisburg werden neben mehreren Abendkursen praktischer und theoretischer Art augenblicklich ein Tageskursus für Klempner und Installateure und einer für Elektromonteur und Helfer gehalten. Die Leitung haben theoretisch und praktisch bestens durchgebildete Lehrkräfte. Aus nachfolgenden Themen ist ersichtlich, daß in diesen Kursen grundlegend gearbeitet wird.

Lehrplan für Klempner und Installateure: Übungen im Gesellschaftsrechnen, sowie in der einfachen und komplizierten Bruchrechnung. Einführung in Geometrie oder Raumlehre. Vortrag über geometrische Gebilde: gerade Linie, Ebene, Kreis. Eingehende Winkellehre (Winkelarten, Messen, Berechnen der Winkel), Dreieckslehre, Viereckslehre, Flächenberechnungen (Quadrat, Rechteck, Raute, Kreis usw.), Quadratwurzelziehen und Übungen aus der Praxis. Pythagoraslehre. Uebergang zur Körperberechnung. Körperberechnungen (Würfel, Pyramide, Kegel, Kugel usw.) und Kubikwurzelziehen. Körper-Abwickelungen (Übungen aus der Praxis). Gewichtsberechnung nach spezifischen Gewichten.

Lehrplan für Elektromonteur und Helfer: a) Die

jeden einzelnen durchs A b c hindurch; dabei schont er sich nicht, unermüdlich das ba, be, bi bo, bu mitzusprechen, bis ihm die Stimme in der Brust schartig wird; manchmal kommt er sich vor wie ein Hahn, wenn er schwiegend dasteht und mit ihnen kräht. Bis eine Stunde mit Minuten und ein Tag mit Stunden abgelaufen ist, läßt sich viel hineinfüllen, und Tag für Tag geht es verzwickter zu, vom bal, bel, bil, bol, bul zum balf, bell, bill: immer anders marschieren die Soldaten aus ihrem Mund auf, bis ihnen alle Uebungen, rechts- und linksrum, kehrt und vorwärts marsch gleich geläufig sind. Und eines Tages läßt er für die Augen sichtbar werden, was solange nur durch Mund und Ohren ging.

Er hat ihnen keine Sibeln mitgebracht, nur einen Korb mit Täfelchen, darauf die Buchstaben mit ihren Hälsen und Schnörkeln wie Vögel mit ihren Schwanzfedern prahlen, und tastet nicht, bis jeder seinen Laut als Namen hat, so daß er ihn nur zu zeigen braucht, und schon gibt ihm die ganze Klasse Antwort. Sie wissen nun längst, daß keiner die siebzig einzelnen verstehen kann, wenn jeder nach seinem Einfall loschreit, und warten das Zeichen ab, das ihnen sein Finger gibt. Sie sind dann wirklich eine Klasse, ein Wesen, das hundertvierzig Ohren und Augen, aber nur einen Takt und darum nur einen Mund hat. Und manche Nacht, während sie schlafen und er allein in der Schlaflosigkeit des Alters wach unter ihnen liegt, bildet sich traumdünn die Ahnung einer Lehrmethode: daß es wie mit den Buchstaben mit allen anderen Kenntnissen des Menschen sei, daß sie sich bauen lassen, Steinchen um Steinchen, bis eine Wand, ein Zimmer und schließlich das Haus einer Wissenschaft dastände.

Kühner aber, als jemals sein Kopf ein Gespinnst machte, scheint ihm dies: daß auch alles andere, was einen Menschengestalt mit samt der Seele ausmache, seine Denkkraft, seine Fertigkeiten, sein Wille, seine Wünsche, seine Absichten, sein Glauben wie seine Taten, in einem solchen Takt einzufangen sei, und daß, wenn einer erst den Taktstock dazu finde, ihn hundert andere gebrauchen könnten, um überall die wildaufwachsenden Menschenseelen in den Wohlklang der Ordnung einzuführen.

Der Trommelwirbel

Während Heinrich Pestalozzi so mit seinen Waisen auf der Wanderung nach einer neuen Menschlichkeit ist, wächst das Dickicht der alten ihm

rundum die Wege mit Unkraut und Brennesseln zu. Für die Stanser ist Heinrich Pestalozzi ein Keher, von der Revolutionregierung gesandt, ihre Waisen und Armenkinder im Unglauben der neuen Zeit abzurichten, sie den Sitten der Väter und dem Glauben der Helveten mit Teufelskisten zu entfremden. Sie sehen seine verwahrloste Kleidung und achten ihn für einen Landstreicher, der bei der neuen Herrschaft der Lumpen und Schelme untergeschlupft ist.

Aber auch die Freunde fangen an zu zweifeln; sie verstehen nicht, warum er sich allein mit siebzig Kindern abplagt, eigenmächtig ihr Lehrmeister, Aufseher, Hausknecht und ihre Dienstmagd in einem und dabei selber zum Erbarmen verwahrlost ist. Sie raten und drängen, doch Gehilfen zu nehmen, damit er endlich aus seiner Anstalt ein richtiges Waisenhaus mache, und sind verstimmt, weil er sich unter Ausflüchten weigert. Er scheint ihnen vom Eigensinn des Alters wie von einem Fieber befallen, und vertrauliche Briefe gehen an die Minister, daß man dem alten Mann mit Gewalt aus diesem Zustand helfen möge. Stanser aber hält treu und weitsichtig zu ihm, weil er das Experiment fühlt und daß Heinrich Pestalozzi erst zu Resultaten gekommen sein muß, bevor er Hilfe brauchen kann. Er ermuntert ihn auch im Mal, als warme Sonnenbläue die Täler füllt und der See rund an den Ufern in einem Blau von Blumen zu schäumen scheint, mit seinen Zöglingen einen Ausflug nach Luzern zu machen.

Die zweite Woche seit seiner Wallfahrt nach Luzern ist noch nicht ins Land gegangen, als Heinrich Pestalozzi eines Mittags durch Trommelwirbel aufgeschreckt wird. Wie er ans Fenster läuft, rücken die schweizerischen Soldaten, die gegen Engelberg und Seelisberg hinauf als Rückendeckung der Franzosen aufgestellt sind, eilig in Stans ein: die Oesterreicher kommen, heißt es, und die im Uri geschlagenen Franzosen seien über den See zurück. Die Panik des Krieges ist wieder in Stans, bevor ein Schuß in den Nidwaldener Bergen fiel; wer noch bewegliche Habe hat, flüchtet in die Sennhütten hinauf, händeringende Welber und trohige Männer kommen, ihre Kinder zu fordern, und Heinrich Pestalozzi vermag nicht, sie zu halten. Als ob eine Mure vom Stanserhorn niederginge, läßt er die anderen ihre Bündel rasen, zur Flucht bereit zu sein. Gerade hat er sie um sich versammelt im Arbeitsaal, da fällt ein Schuß; die Kinder

Grundgesetze des elektrischen Stromes. 1. Der elektrische Strom und seine Wirkungen. 2. Leitungsberechnungen. 3. Das Ohmsche Gesetz. 4. Die Kirchhoffschen Gesetze. 5. Spannungsverlust. 6. Schaltung von Widerständen: Reihen-, Parallel- und Gruppenschaltung (Serien-schaltung). 7. Schaltung von Stromquellen (Reihen-, Parallel- und Gruppenschaltung). 8. Berechnung von Leiterquerschnitten. 9. Das Joulesche Gesetz. 10. Magnetismus, Elektromagnetismus. 11. Induktion, Selbstinduktion. b) Die Erregung der Gleichstrommaschine; c) Wechselstrom; d) Drehstrom; e) Mes-

fungen; f) Fachzeichnen; Schaltzeichenlehre, Installationszeichnungen, Schaltungszeichnungen. Praktische Erklärungen an Apparaten und Instrumenten.

Ein Kursus für Schlosser und Autoschlosser ist in Vorbereitung. Meldungen werden in unserem Büro entgegen genommen. Diese Kurse verdienen weitestgehende Bedeutung, weil sie nicht nur dem Arbeiter, sondern dem ganzen Gewerbe zugute kommen. Allen Mitgliedern ist die Teilnahme, die keine Kosten verursacht, zu empfehlen. K.

Aus den Betrieben

Betriebsratswahl bei Berzelius (Duisburg)

Die Arbeiterschaft steht zur Gewerkschaft.

Die Betriebsratswahl bei der Metallhütte Berzelius (Duisburg), die als erste im hiesigen Bezirk stattfand, hat den Beweis erbracht, daß die Arbeiterschaft im Betrieb nicht zu den politischen Experimenteuren steht, sondern ihre Vertretung den erfahrenen Gewerkschaftsvertretern anvertraut. Es erhielten Mandate im Arbeiterrat (in Klammern bei der letzten Wahl):

Christliche Gewerkschaften	2 (2)
Sozialistische Gewerkschaften	4 (4)
Nationalsozialisten	1 (3)
RGO	2 (6)
Freie nationale Arbeiter	0 (0)

Bezeichnend ist, daß die radikalen, nicht gewerkschaftlichen Gruppen, nur ihre Mandate gewechselt haben. Während bei der letzten Wahl die Nationalsozialisten 3 Vertreter hatten und die RGO. keinen, hat jetzt die RGO. 2 und die Nationalsozialisten nur einen Vertreter. Diese Wahl ist um so bemerkenswerter, als die Metallhütte Berzelius bei den Arbeitern im Geruch einer „gelben Bude“ steht.

Der neue Kurs bei Humboldt (Köln)

Durch staatspolitische Vorgänge und die damit verbundenen Kursänderungen wittern auch die Selben wieder Morgenluft. Auch in Köln ist mehr Regsamkeit bei den mit der Friedenspalme ausgestatteten Aushängelassen festzustellen. In den größeren Betrieben, in denen der Samen für eine Werkgruppe noch nicht gelegt, versucht man von Seiten der Betriebsleitungen Ansätze zu schaffen. Die Leitung der Firma Humboldt, bei der bereits eine „freie“ Werkgruppe besteht, ist eifrig bemüht, die Notwendigkeit und Vorteile dieser Gesellschaft, der übrigen Belegschaft plausibel zu machen. Das gute Verhältnis zwischen Betriebsleitung und der „Werkgruppe“ wird durch folgenden Vorgang gekennzeichnet: Die seit längerer Zeit entlassenen Arbeiter sollten mit denen noch in Arbeit stehenden ausgewechselt werden. Noch ehe die Vertrauens-

männer und der Arbeiterrat zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen konnten, beschäftigte sich die „Werkgruppe“ in einer Versammlung mit dieser Frage. Der Wortführer gab dazu folgende Erklärung ab: „Wir lehnen diesen Vorschlag ab, weil für die kommenden Entlassungen unsere Mitglieder bis zu 95% nicht in Frage kommen.“ Pfui Teufel! Für diesen Judaslohn verkauft ein Teil der Humboldtbelegschaft seine Freiheit! Daß bei solcher Liebesblenerei und Kabuckelei die Betriebsleitung forscher wird, ist verständlich. Dafür folgendes Beispiel: In der Abteilung (H A) wurde den Kollegen für eine Arbeit ein Akkordpreis angeboten, der im Vergleich zu der aufzuwendenden Zeit als lächerlich bezeichnet werden mußte. Die Kollegen erhoben Einspruch unter Berufung auf den Tarifvertrag: Die Antwort des Betriebsleiters lautete: „Entweder macht ihr die Arbeit für das Geld, oder ihr könnt aufhören.“ Dieses in einem Betrieb, in dem unter der Führung der Gewerkschaften gute Verdienste und erträgliche Verhältnisse geschaffen wurden. Angeblich sollen sogar Kollegen Ueberstundenverfahren, die nicht notiert werden, um ihren Tariflohn zu verdienen. Ein Erfolg der Zweispaltigkeit innerhalb der Belegschaft. Im Lehrlingswesen leistet die Firma Humboldt Erstaunliches. Die Firma hat eine Lehrstätte mit einer Lehrzeit von 4 Jahren. In geschickter Weise versteht die Betriebsleitung die augenblicklich schlechte Zeit auszunutzen. Nach Beendigung der Lehre erhalten die Eltern einen auf der Maschine geschriebenen Brief mit der Bitte, denselben mit der Unterschrift versehen an die Betriebsleitung zurückzusenden. Im Wortlaut heißt es: „Ich bitte Sie, meinen Sohn wieder in Ihr Werk aufzunehmen, und zwar zwecks Einarbeitung zu den Bedingungen eines Lehrlings im 4. Jahr, welcher, so viel ich weiß, bis zu 50% darüber verdienen kann. Ich verzichte ausdrücklich auf die Beschäftigung und Bezahlung als Sacharbeiter und habe nur den einen Wunsch, daß ich mich wieder in mein Handwerk einarbeiten kann.“ Der Vermerk im Lehrvertrag lautet: „Der Unterzeichnete als gesetzlicher Vertreter des Lehrlings verpflichtet sich, den Lehrling noch drei Monate zwecks weiterer Ausbildung in der Lehre zu belassen. Als Entschädigung wird die des vierten Lehrjahres bezahlt.“ Diesem ungeschicklichen Vorgehen wurde durch eine Klage am Arbeitsgericht durch unseren Christlichen Metallarbeiterverband ein Riegel vorgehoben. Es wäre zu wünschen, daß die Kollegen von Humboldt recht bald zur besseren Einsicht, die aufziehenden Gefahren rechtzeitig erkennend, den Weg wieder zurück zur Organisation fänden. Ro.

schreien, einige laufen ihm zu, viele aber auch hinaus auf die Gasse, sich noch in die Berge zu retten.

Als danach alles still bleibt — die Alarmnachrichten waren falsch, und auch der Schuß ist nur einem hübsigen Sennbuben losgegangen —, sitzt kaum noch die Hälfte seiner Kinder da. Zwar kommen im Nachmittag noch einige wieder, auch finden sie andere weinend irren, als sie gegen Abend den Ort abhuchen: aber die Besorgnis bleibt über ihnen, wie die schwarze Wolfendecke, die sich mit dem Abend vom Entlebuch herüberdrängt.



Ein Trommelwirbel verjagt die Waisenkinder in Stans

Andern Tags ist alles vorbei, als ob es nur böse Träume gewesen wären. Die Bauern sind wieder bei ihrer Arbeit, und die Soldaten in den Quartieren singen Schweizerlieder. Noch ein paar Kinder wagen sich unsicher wieder herzu, und als nach diesem Tag noch ein zweiter und dritter der weißen Sommerögel durch sein blaues Blau schwimmen läßt, fängt auch Heinrich Pestalozzi an, den Nacken zu heben. Am dritten Abend sitzt er scherzend und fragend mit ihnen bei der Hafersuppe, da ruft ihn ein Bote eilig zu dem Regierungstatthalter Stöckli.

Der empfängt ihn mit einem Blatt in der Hand. Er habe Nachricht bekommen, daß am frühen Morgen der General Lecourbe einrückten würde; er müsse Platz besorgen für einige tausend Mann und ein Hospital für die Verwundeten und Kranken herrichten, dazu habe er keinen andern Platz als das Waisenhaus. Obwohl Heinrich Pestalozzi beim ersten Wort weiß, daß ihm nun das Brett unter den Füßen fortgezogen wird, damit er noch über den Bergbach zu kommen hoffte, kämpft er wie ein aufgeschrecktes Tier um sein Nest und seine Brut. Aber nun ist er mit allem Ruhm seiner Bücher und mit der ewigen Absicht seines Werkes nur der Bürger Pestalozzi, der andere aber steht als Regierungsgewalt da und löst das Waisenhaus auf. Weil er nicht wie die Rüdwaldener kämpfen und sterben kann, sondern dem Federstrich gehorchen muß, erfüllt er bitteren Herzens den Rest seiner Pflicht. Er teilt jedem Kind doppelte Kleidung, Wäsche und einiges Geld aus für das Notwendigste, rechnet mit dem Statthalter ab und übergibt ihm von den sechstausend Franken, die ihm das Direktorium bewilligt hat, den Rest mit dreitausend Franken; mehr hat er nicht gebraucht in den fünf Monaten mit all den Kindern. Noch eine Nacht geht er in seiner schlafenden Herde ruhelos umher, nimmt in der Frühe weinenden Abschied von ihnen allen, deren Vater er durch seine Liebesgewalt geworden ist, und am Nachmittag, als die ersten Franzosen einrücken, fährt er nach Stansstad hinunter mit dem, was er für bessere Zeiten retten will.

Immer noch läuft eine letzte Hoffnung hinter dem Wagen her, daß die Luzerner Freunde mächtiger sein könnten als der Regierungstatthalter. Als er ankommt in der vieltürmigen Stadt, muß er erfahren, daß die Regierung der in tausend Räten gefährdeten Schweizerischen Republik nach Bern ausgeflogen ist. (Fortsetzung auf Seite 123.)

Um die berufsständische Ordnung

Nummer 3

Duisburg, den 11. März 1933

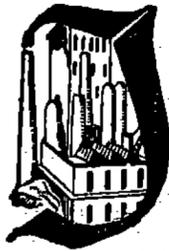
Nummer 3

Wettbewerbsfreiheit und berufsständische Ordnung

Universitäts-Dozent Dr. Johannes Meßner, Wien

Die grundlegenden Fragen

Der berufsständischen Wirtschaftspolitik



Es offensichtlich sich im Ringen um die Neuordnung von Gesellschaft und Wirtschaft die berufsständische Idee als die rettende erweist, um so dringender ist Klarheit geboten, in welchem Verhältnis Wettbewerbswirtschaft und berufsständische Ordnung zueinander stehen. Denn nicht nur, daß es sich um eine Frage von ganz grundsätzlicher Bedeutung handelt, wie wir gleich sehen werden. Das Bild berufsständischer Ordnung wird heute von manchen Selten mit Formen durchsetzt, die es nicht nur den Beteiligten selbst verdächtig erscheinen lassen müssen, sondern geradezu mit wesensfremden Zügen verfälschen. Die Nächste Beteiligten, die Arbeitnehmer und Arbeitgeber, fürchten beide für ihre Freiheit. Und nicht mit Unrecht, wenn man den ersteren ein Bild sozialer Reaktion zeigt, den letzteren ein Bild wirtschaftlicher Vergewaltigung. Das erstere fällt nicht unter unser Thema. Wohl aber das letztere. Angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Krise, an der das liberalistische Konkurrenzprinzip einen wesentlichen Teil der Schuld trägt, lehnen nämlich heute nicht unbedeutende Kreise jede Form von Konkurrenzwirtschaft in der berufsständischen Ordnung ab. Ihre Vorstellungen von berufsständisch geordneter Wirtschaft münden folgerichtig mehr oder weniger deutlich in einer Abart mittelalterlicher Zunftwirtschaft. Andere Kreise, die ebenfalls die Konkurrenz ausgeschlossen wissen wollen, denken an eine berufsständische Planwirtschaft; auch Annäherungen an die eine oder andere Form des Sozialismus kommen vor. Natürlich bestehen zwischen diesen beiden Seiten berufsständischen Denkens vielfältige Ideenverschlingungen. Ganz deutlich ist mit unserem Thema eine besonders gelagerte Fragestellung herausgehoben, aus der auf die Stichworte „Freie oder gebundene Wirtschaft“, „Verkehrs- oder Planwirtschaft“, „Konkurrenz- oder Monopolwirtschaft“ aufgezogenen Problematik oder, besser gesagt, es präzisiert die unter diesen Stichworten kursierende Problematik nach der für die christliche Gesellschaftslehre allein sinnvollen Richtung, in der offensichtlich auch ihre Lösung zu suchen ist.

Die Ausschaltung der Konkurrenz in der freien Konkurrenzwirtschaft

Der Tatbestand: Er ist gekennzeichnet durch die weitgehende automatische Ausschaltung der Konkurrenz in einer grundsätzlich freien Konkurrenzwirtschaft.

Diese Konkurrenzwirtschaft ruhte auf einer individualistisch verstandenen doppelten Freiheit: der Freiheit der Konsumwahl durch die einzelnen und der Freiheit des Erwerbstrebens auf Grund des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Der ganzen Wirtschaftsverfassung lag der Gedanke zugrunde, daß Güterbedarf und Güterbereitstellung von selbst zueinander finden, also der Einklang von Bedarf und Deckung, der die Unterhaltsfürsorge ausmacht, von selbst zustandekomme, wenn man nur alle Wege freigebe; ja daß in dem Einkommen des einzelnen in einer solchen Konkurrenzwirtschaft geradezu von der Gesamtheit sein Dienst an der materiellen Kultur honoriert werde. So gäbe es in dieser Wirtschaftsverfassung nur das eine dem Sinne aller Wirtschaft entprechende Grundrecht, das des Konsumenten, Art und Umfang der Produktion zu bestimmen. Dieses Recht über er auf dem Markte aus, wo er durch den Preis, den er für die einzelnen Güter zu

zahlen bereit ist, dem Produzenten zeige, welche Güter dieser herstellen müsse, und nur wenn dieser den so beklundeten Aufträgen der Konsumenten nachkomme, werde er auch in seinem wirtschaftlichen Erfolgsinteresse, also in seinem Erwerbstreben, auf seine Rechnung kommen. Der Markt, auf dem sich Angebot und Nachfrage begegnen, sei denn auch das zentrale Organ der Konkurrenzwirtschaft, seine Gesetze die Gesetze des Wohlstandes der Völker. Dabei war nicht nur an die materielle Kultur gedacht, sondern auch an die soziale. Eine in allen Teilen ausgeglichene soziale Ordnung solle gerade aus der Freiheit des Wettbewerbs dadurch hervorgehen, daß in ihm sich alle den Platz und die Geltung in der Gesellschaft zu sichern vermögen, der ihnen nach ihren Kräften und ihrer Leistung für die Gesamtheit zukomme.

An der Hand der Tatsachen konnte allerdings die Sozialkritik, namentlich nach dem ersten großen Durchbruch der genannten Ideen um die Wende zum 19. Jahrhundert feststellen, daß der erwartete Einklang von Bedarf und Deckung unter dem Gesichtspunkte der Unterhaltsfürsorge für das gesamte Volk ausblieb, daß Angebot und Nachfrage nicht zusammenfanden, es blieben große Mengen von Gütern auf dem Markte liegen, die keinen Käufer fanden, während große Teile des Volkes Mangel litten am allerdringlichsten Lebensbedarfe; Gütererzeugung und Güterabsatz konnten nur durch immer wiederholte krisenhafte Erschütterungen ins „Gleichgewicht“ kommen, diese Krisen bedeuteten aber für die gesamte Volkswirtschaft immer erneute Verluste an Kapital und Arbeit (Arbeitslosigkeit). Die Sozialkritik traf auch das rechte, wenn sie die Anarchie der Konkurrenz dafür verantwortlich machte. Heute sehen wir die gleichen Schwierigkeiten, Produktion und Absatz finden nicht zueinander, aber nicht mehr infolge von Anarchie der Konkurrenz, sondern von Ausschaltung der Konkurrenz. Die Konkurrenzwirtschaft schien nämlich weithin Organisationen aus sich herauszutreiben, die einerseits einer Ordnung des Marktes, einer gegenseitigen Zuordnung von Angebot und Nachfrage dieneten, andererseits aber die ruinöse Konkurrenz ausschalteten. Die Kräfte der ganz auf sich gestellten Marktmechanik trieben aber bald weit über dieses Ziel hinaus, es wuchs das Bestreben der einzelnen Marktgruppen, soweit es möglich war, sich durch Zusammenschluß gegen weitere Konkurrenz zu sichern und schließlich durch mehr oder weniger vollständige Beherrschung des Angebotes einer bestimmten Güterart sich eine monopolistische Marktstellung zu schaffen. Daß damit vielfach und weithin eine Abstimmung des Angebotes auf die Nachfrage erreicht wurde, ist unbestreitbar; ebenso unbestreitbar ist aber auch, daß gerade durch die Monopolstellung von Produzentengruppen auf dem Markte jenes Grundrecht der Konsumenten sistiert wurde, wonach sie eigentlich Art und Umfang der Produktion zu bestimmen hätten.

Aber auch die Konsumenten hatten sich schon zu organisieren begonnen unter der Devise, der Vormachtstellung der Produzenten begegnen zu wollen; die Konsumvereinsbewegung ist zunächst am Marktmechanismus der liberalen Konkurrenzwirtschaft orientiert, so sehr auch echte genossenschaftliche Gedanken mit einfließen. Zu diesen Organisationen der Partelen des Warenmarktes kommt aber die tief ins gesellschaftliche Leben einschneidende Organisation der Partelen des Arbeitsmarktes; hier schließen sich zuerst einzelne Gruppen auf der Angebotsseite zusammen; als Anbeter ihrer Arbeit sind sich die Arbeiter bei freier Konkurrenz selbst die schärfsten Konkurrenten, drücken sich also gegenseitig Lohn- und Arbeitsbedingungen. Zusammengeschlossen können sie sich einen Mindeststandard dieser Bedingungen und sich selbst so die Achtung

ihrer Menschenwürde und Freiheit sichern. Die Verwirklichung der wahren Freiheit auf ihrer Seite setzt also geradezu einen teilweisen Ausschluß der Konkurrenzfreiheit voraus. Das Ergebnis ist, daß sich im Kräftefeld der Marktmechanik die Gesellschaft in gewaltige Verbände auforganisiert hat, denen das Bestreben nach monopolistischer Marktbeherrschung eigen ist.

So liegt vor uns der Tatbestand, daß die Konkurrenzwirtschaft aus sich heraus zu einer ganz weitgehenden Ausschaltung der Konkurrenz geführt hat; daß sie Bindungen aus sich heraus getrieben hat, die die völlige Erstarrung einer Wirtschaft herbeiführten, für die eigentlich Beweglichkeit und Bewegtheit oberstes Prinzip war; daß diese Unbeweglichkeit in der monopolistischen Erstarrung einen Grad erreicht hat, der den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt aufs schwerste bedroht. Gewiß ist auch die staatliche Wirtschaftspolitik schuld an dieser Entwicklung der Verhältnisse. Doch zeigt sich gerade in ihr die völlige Unzulänglichkeit der Ordnungskräfte der individualistischen Konkurrenzwirtschaft. Denn mag man auch mit Recht die alles Maß übersteigende staatliche Intervention mitverantwortlich machen für das Versagen des liberalen Konkurrenzmechanismus, gerade im Sinne der ihm zugrundeliegenden Gesellschaftsordnung war ja nichts vorhanden zwischen dem Individuum und dem Staate, kein Organ, das außer dem Staate Träger einer gesellschaftlichen Ordnungsfunktion hätte sein können; es mußte also schon der Staat mehr und mehr die Fehlwirkungen einer Wirtschaftsverfassung abzuwehren versuchen, die auf der individualistisch verstandenen Wettbewerbsfreiheit beruhte; und wenn er dabei von den einzelnen Interessentengruppen zu immer weiter greifender Intervention gedrängt wurde, so lag auch das in einer Gesellschaftsauffassung begründet, die auf das individuelle Interesse gerade die Wirtschaft gestellt hatte, nur daß es im Gefolge der Konkurrenzmechanik zum individuellen Gruppeninteresse sich auswirkt. In der ganzen Entwicklung, die wir eben überblickten, blieb das regulative Prinzip dieser Wirtschaft, die individualistisch verstandene Freiheit des Wettbewerbes grundsätzlich bestehen, wenn es sich auch verschieden auswirkte, ihm entsprach das beherrschende Organ dieser Wirtschaft: der entscherte, d. h. der gesellschaftlichen Ordnungskräfte entledigte Markt, der nun seinerseits durch seine unentrinnbare Mechanik zersetzend auf die gesellschaftliche Ordnung wirkt.

Die Funktion des Wettbewerbes in der Wirtschaft

Gehen wir nun von dieser Tatbestandsaufnahme über zur Betrachtung der naturgemäßen Stellung und Funktion des Wettbewerbes in der gesellschaftlichen Wirtschaft, so müssen wir uns klar darüber sein, daß von der eben geschilderten Erfahrungswirklichkeit keine Schlüsse auf die Wesenswirklichkeit der Wettbewerbswirtschaft zulässig sind. Um den Zugang zu der letzteren zu finden, könnten wir, von dem Begriffe der Konkurrenz ausgehend, an seinen einzelnen Elementen nachprüfen, ob sie mit einer naturgemäßen Gesellschaftsordnung vereinbar sind, müßten uns aber dabei vielleicht so sehr ins Unterscheiden verlieren, daß zu wenig der wesentliche Zusammenhang von Wettbewerb und gesellschaftlicher Wirtschaft sichtbar würde. Darum gehen wir lieber den zweiten möglichen Weg und fragen unmittelbar nach den Wesenszügen einer gesellschaftlichen Wirtschaft. Dabei brauchen wir nur den Grundlinien der sozialen Ordnung in der Wirtschaft nachzugehen, jenen Grundlinien, die in jedem gesellschaftlichen Bereiche aufscheinen müssen, damit er naturgemäß geordnet sei. Sie zeichnen sich ab als natürliche Rechtsbeziehungen, als Rechte der natürlichen Gemeinschaften und Rechte der einzelnen. Beides sind Rechte von gleicher Ursprünglichkeit, die darum in ihrem Bestande gar nicht von der Anerkennung der Gegenseite abhängig sind, sie sind aber auch Rechte von gleicher konstitutiver Bedeutung für eine wahre gesellschaftliche Ordnung, auf die darum gar nicht verzichtet werden kann ohne Schaden für das gesellschaftliche Ganze.

In dieser „natürlichen“ Ordnung ist für den einzelnen eine Freiheitsphäre umschrieben, die zunächst auf die Persönlichkeitswerte abgestellt ist, die indessen gerade im wirtschaftlichen Bereiche ihre sichtbarste Auswirkung, aber auch gleichzeitig in ihm seine stärkste Sicherung findet. Diese Sicherung ist das Privateigentum; es gewährleistet dem einzelnen die notwendigen Mittel und die freie Beweglichkeit, die er für die Erfüllung seiner durch die Natur ihm vorgegebenen Aufgaben braucht, wie Entfaltung und Dervollkommnung der Persönlichkeit, Erhaltung der Familie, Erziehung der Kinder. Daran schließt sich das Erwerbsstreben, begründet im natürlichen Rechte des einzelnen auf die vorjorgende Sicherstellung seines materiellen Wohles auf weitere Sicht, auf Sebung und Ausweitung desselben, namentlich wieder auch im Hinblick auf seine Familie und seine kulturellen

Aufgaben. Danach gehören also Privateigentum und Erwerbsstreben in die natürliche Verfassung der gesellschaftlichen Wirtschaft; dann kann aber diese gar nicht anders als im Wettbewerbe vor sich gehen: Dies allerdings nicht beim Nebeneinander von Einzelwirtschaften, wie wir es uns für einen ganz primitiven Zustand der Ackerwirtschaft, auch der Jagdwirtschaft, vorstellen können. Aber sobald der Wirtschaftsraum enger wird, stoßen die Interessen der einzelnen aufeinander und können sich nur im Wettstreite miteinander durchsetzen. Und je weiter das Ineinander der Einzelwirtschaften in der Arbeitsteilung fortschreitet, um so mehr muß sich eine gesellschaftliche Wirtschaft, in der Privateigentum und Privatinitiative erhalten ist, im Wettbewerbe der einzelnen vollziehen. Denn um so weniger arbeitet der einzelne für seinen unmittelbaren Bedarf, sondern er muß Güter und Leistungen, deren er bedarf, durch Güter und Leistungen, die er anzubieten hat, erwerben. Jede der Tauschpartei wird aber aus berechtigtem Eigeninteresse auf die Verbesserung der Tauschbedingungen auf ihrer Seite bedacht sein. Jene, welche Güter in Empfang nehmen, werden auf Billigkeit und Güte sehen; das hat zur Folge, daß jeder nur in solchem Umfange Güter im Tauschverkehre anbringen und nur insoweit einen Ueberschuß über seine Aufwendungen erzielen kann, als er die von ihm angebotenen Güter billiger und besser erstellen kann.

Alle, die also an der Befriedigung eines Bedarfes arbeiten, können sich Abschlag und Verdienst nur dadurch sichern und erweitern, daß sie gleich gut und gleich billig oder besser und billiger als die an der Befriedigung des gleichen Bedarfes Arbeitenden anbieten, d. h. aber, ihre Korporation zur Befriedigung des Gesamtbedarfes kann nur in Konkurrenz vor sich gehen. Vom Gesamtinteresse her gesehen, ist es ebenso. Denn die Erreichung des Sozialzweckes auf wirtschaftlichem Gebiete, d. h. die beste Güterversorgung des Gesamtvolkes oder, anders ausgedrückt, das Optimum der materiellen Kultur, setzt den Einsatz aller in der Gesellschaft verfügbaren Kräfte voraus. Man muß sich nur gegenwärtig halten, daß mit dem Anwachsen der Bevölkerung und der Ausweitung der Kulturbedürfnisse die Knappheit der zur Verfügung stehenden Güter immer stärker fühlbar wird und nur durch Anspannung aller Kräfte überwunden werden kann. Durch nichts werden aber alle Kräfte so vollkommen mobilisiert, wie durch den Wettbewerb aller. In dieser Tatsache hat ja die Naturrechtslehre unter anderem immer eine der wichtigsten Begründungen der gesellschaftlichen Notwendigkeit des privaten Eigentums gesehen.

Die rechte Ordnung der Konkurrenz

Gehört somit der Wettbewerb zum Wesen gesellschaftlicher Wirtschaft, in der Privateigentum und Privatinitiative als natürliche Rechte der einzelnen und konstitutive Elemente der sozialen Ordnung gewahrt sind, so ist entscheidend die Frage nach der rechten Ordnung der Konkurrenz. Auch sie muß in der gesellschaftlichen Ordnung vorzufinden sein, von der wir für die Erkenntnis der Wesenszüge gesellschaftlicher Wirtschaft ausgingen. In der fortgeschrittenen arbeitsteiligen Volkswirtschaft gibt es ja keinen wirtschaftlichen Vorgang, der nicht gesellschaftlicher Natur wäre, d. h. keinen, in dem nicht die Interessen des einen Interessen anderer und der Gesamtheit berührten. Denn durch die sich in der Arbeitsteilung vollziehende Kooperation aller soll der Sozialzweck der Unterhaltsfürsorge des Gesamtvolkes erreicht werden, und zwar in dem Zusammenwirken der einzelnen, die ihre eigenen Interessen in der eben bestimmten Freiheitsphäre wahrnehmen. Die Freiheitsphäre ist also nur eingeordnet in die von der Erreichung des Sozialzweckes gebotene Ordnung gegeben. So klar somit in dem Wesenszuge gesellschaftlicher Wirtschaft dem Einzelinteresse ein Raum freier wirtschaftlicher Betätigung abgesteckt ist, so eindeutig ist das darin sich auswirkende Einzelinteresse und der darauf zurückgehende Wettbewerb in ein Bindungssystem und Ordnungsganzes einbezogen, das im materiellen Gemeinwohle als dem Sozialzweck gesellschaftlicher Wirtschaft begründet ist. So ergibt sich jenes Ineinander der Einzelzwecke und des Sozialzweckes, das die soziale Ordnung ausmacht. Nur müssen Sicherungen bestehen für ihre wahre Zuordnung aufeinander. Natürlich ist die Gesinnung, der Wirtschaftsgeist, die Wettbewerbsmoral von ausschlaggebender Bedeutung; wir sind aber darauf allein nicht angewiesen, wie uns ein Blick auf die Wesenszüge gesellschaftlicher Wirtschaft zeigt. Nur darf man die gesellschaftliche Arbeitsteilung nicht von äußeren Gesichtspunkten her als Arbeitszerlegung oder betriebsmäßiges Abhängigkeitsverhältnis betrachten, sondern muß sie in ihrer wesentlichen Sinnbezogenheit auf den objektiven Sozialzweck der Volkswirtschaft sehen. Dann finden wir alle jene zu enger Gemeinschaft zusammengeschlossen, die zusammenwirken an der Beschaffung eines für das materielle Gemeinwohl wichtigen Gutes.

Wir finden also Gliedgemeinschaften im gesellschaftlichen Ganzen vor, deren Wurzel die Gemeinsamkeit der wirtschaftlichen Interessen und des wirtschaftlichen Lebensbereiches ihrer Glieder sind, und deren offensichtliche Aufgabe es ist, erstens die gemeinsamen Interessen ihrer Glieder zu wahren und zu fördern, zweitens die Einordnung ihrer Interessen in das Gesamtinteresse der Volkswirtschaft zu gewährleisten. Es sind gesellschaftliche Gewaltträger, die in ihrem Bereiche den Einklang von Einzel- und Gemeininteresse zu wahren und als gesellschaftliche Ordnungsorgane institutionell die Gesellschaft gegen das Uebermächtigwerden der einen wie der anderen zu sichern haben. Es ist die gesellschaftsorganisatorische Stellung der Berufsstände, auf die wir damit gestoßen sind, haben damit aber auch schon ihre Aufgaben für die Ordnung der Konkurrenz erkannt. Die bestehen einmal in der Schaffung von organisatorischen, rechtlichen und sozialen Formen im Rahmen der berufsständischen Selbstverwaltung, die das Einzelinteresse, das Erwerbsstreben und den Wettbewerb in ihrem Bestande und ihrer Haltung als einer naturgemäßen Wirtschaftsverfassung eigen, schützen, aber auch in seinen Schranken halten, die ihnen im Sozialzweck der Wirtschaft vorgegeben sind; ihre Aufgaben bestehen weiter in der Kontrolle dieser Zuordnung von Einzel- und Gesamtinteresse, die gerade im korporativen Bereiche am zuverlässigsten, aber auch am einfachsten ausgeübt wird.

1. weil Allgemein- und Einzelinteresse darin unmittelbar miteinander verbunden sind, d. h. weil der einzelne die Schädigung des Gemeinwohles auch als eigenen Schaden empfindet,
2. weil die Angehörigen des Berufsstandes sich vielfach gegenseitig persönlich kennen,
3. weil ihnen die fachmännische Einsicht in die Voraussetzungen der Konkurrenz und ihre Methoden auf ihrem Gebiete besonders zustatten kommt.

Darüber hinaus haben die Berufsstände in ihrer Gesamtheit die Einordnung ihrer eigenen Interessen in das Gesamtinteresse der volkswirtschaftlichen Arbeitskooperation zu vollziehen. Darauf, daß gerade in dieser Hinsicht dem Staat als Hüter des Gemeinwohles besondere Aufgaben zufallen, sei nur hingewiesen, ohne daß näher darauf eingegangen werde.

Wir sehen also, daß die Konkurrenz der gesellschaftlichen Wirtschaft wesentlich eignet, wir sehen aber auch, daß sie von den naturgemäßen gesellschaftlichen Ordnungskraften getragen sein muß, wenn sie zu der vom Sozialzweck geleiteten Kooperation werden will.

Daraus ergibt sich,

1. daß wahrer Wettbewerb überhaupt nur in einer berufsständischen Ordnung möglich ist und
2. daß berufsständische Ordnung geradezu den Bestand einer richtig funktionierenden Wettbewerbswirtschaft zu sichern, und eine geordnete Wettbewerbsfreiheit zu gewährleisten hat.

Die Berufsstände sind ja jene zwischen dem Individuum und der staatlichen Gemeinschaft stehenden gesellschaftlichen Gebilde, in denen die in der Natur der Gesellschaft begründete gegenseitige Zuordnung von Einzelinteresse und Gesamtinteresse ihren institutionellen Ausdruck findet.

Dann müssen durch sie Bestand und Ordnung der Wettbewerbsfreiheit ihre institutionelle gesellschaftliche Sicherung erfahren. Nicht Abschaffung der Konkurrenzwirtschaft, sondern ihre naturgemäße Ordnung ist somit das Ziel berufsständischer Wirtschaftspolitik.

Grundsätze der berufsständischen Wirtschaftspolitik

Wollen wir uns noch abschließend vergegenwärtigen, was die allgemeinen Grundsätze der berufsständischen Wirtschaftspolitik sind. Berufsständische Wirtschaft hat, wie wir sehen, die Ordnung der Konkurrenz zu gewährleisten. Ist eine Anarchie der Konkurrenz in der berufsständischen Wirtschaft schon an sich ausgeschlossen vermöge der Bindung der Wettbewerbsfreiheit an die sittlichen Normen und an die gesellschaftlichen Ordnungskräfte, so vermögen die einzelnen Berufsstände die Ordnung des Wettbewerbes um so leichter zu wahren, als sie ja mit den sachlichen Voraussetzungen desselben und den Möglichkeiten seiner Entartung auf ihrem Gebiete besonders vertraut sind. Nimmt man dazu noch das Wirken der Selbstkontrolle im Berufsstande, sowie das Uebererstarren des Gedankens der Berufslehre, dann ist leicht zu sehen, daß das Gesetz der Grenz-moral, jene schwerste Anklage gegen die individualistische Konkurrenzwirtschaft, in der berufsständischen Wettbewerbswirtschaft nicht wirksam werden kann. Im besonderen finden die Stände ihre Aufgaben u. a. in einer auf eine gewisse Stabilität der Preise abzielenden Marktpolitik, der Einordnung des technischen Fortschrittes in eine vom Gemeinwohle her gesehene organische Entwicklung; in der Qualitätskontrolle, in der Erziehung zu richtiger Bedarfsgestaltung. Nur muß man sich von der Vorstellung freimachen wie der, daß berufsständische Wirtschaftspolitik etwa mit schematischen Produktionskontingentierungen, schematischen Rationalisierungsdrohungen, schematischen Marktordnungen, mit Preistaxen und dergleichen arbeiten könnte. Sie wird vor allem durch entsprechende organisatorische und gesetzliche Maßnahmen auf eine Durchsichtigkeit der Konkurrenzmethode und Uebersichtlichkeit des Marktes hinarbeiten, um so der berufsständischen Kontrolle die möglichste Wirksamkeit zu sichern.

Die Berufsstände haben aber nicht nur für die richtige Ordnung, sondern auch für den Bestand der Wettbewerbsfreiheit zu sorgen. Nicht minder wichtig sind darum ihre Aufgaben der Sicherung der Wettbewerbslage gegenüber einer monopolistischen Einengung oder Unterbindung derselben. Denken wir an den weltgehenden Umschlag des Konkurrenzkapitalismus in den Monopolkapitalismus, der durch seine verfehlten Bindungen des Wettbewerbes nicht nur die wirtschaftlichen Freiheitsrechte der einzelnen beeinträchtigt, sondern das Sozialwohl schwer schädigt; dies einmal durch monopolistische Preisüberhöhungen, die eine Form des Sozialwuchers darstellen; dann aber auch durch die Versteifung der Wirtschaft, die sich in der Verlängerung der Krisen auswirkt, den Wiedergesundungsprozeß hemmt und damit die Gesamtheit schädigt. Ist nun schon in der berufs-

Pestalozzi Wilhelm Schäfer

(Fortsetzung von Seite 120.)

Der Gurnigel

Es ist ein heißer Julitag, als Heinrich Pestalozzi durch das breite Entlebuch ins waldige Emmental hinüber- und durch seine reichen Dörfer nach Bern hinunterfährt. Die Fahrt über die holprigen Straßen bekommt ihm schlecht, und als er spät abends anlangt, fühlt er sich sterbenselend. Bis zum Schluß sind immer noch die Bauleute im Kloster zu Stans gewesen, und wenn er hustet, meint er noch den scharfen Kalkstaub in der Lunge zu spüren. Trotzdem ist er am andern Morgen schon früh bei dem Ältesten Stapsler. Der erschrickt, wie er ihn sieht, und rät ihm, den ungewollten Urlaub vor allem zu einer Kur zu benutzen, damit er wieder zur Arbeit fähig sei, wenn nach dem Krieg die Anstalt neu eingerichtet würde. Da er selber zu einer Sitzung muß, übergibt er ihn seinem Kanzleivorsteher Sifcher, einem ehemaligen Theologen, der auch schon in Stans war.

Der bietet ihm willfährig seine Begleitung an, wohin er auch wolle, und ehe Heinrich Pestalozzi sich beiseite tun kann, hat er ihn auch schon eingefangen mit klugen und ehrlichen Fragen. Es findet sich, daß sie Leidensgenossen sind, indem auch er den Traum seines Lebens an die Schule gehängt hat. Er ist Schüler bei dem Philanthropen Salzmann in Schnepfental gewesen und will nun in Burgdorf eine Musterschule, wenn es erreichbar ist, ein Lehrerseminar einrichten. Es ist immer noch das Lehrerseminar, das Stapsler ihm selber in Aarau angeboten hat, und obwohl sich Heinrich Pestalozzi im stillen wundert, wie unbekümmert sein Nachfolger die Schwierigkeiten übersieht, die ihm fast das Leben kosten,

ist er ihm doch dankbar, weil er die Lauterkeit in seinem Wesen spürt. Er bleibt ziemlich den ganzen Tag mit ihm zusammen und erwirbt durch ihn eine Bekanntschaft, die in seine gehegten Tage hinein eine breite Pause bringt: Noch am selben Abend sitzen sie zu einem Mann aus Bad Gurnigel, namens Zehender, der seine Schriften liebt und sein Märtyrertum in Stans glühend bewundert. Der lädt ihn ein einige Wochen bei ihm da oben in der reinen Gebirgsluft zu wohnen und von der Quelle zu trinken. Stapsler und Sifcher reden ihm dringend zu, und da der Mann mit seinem Wagen andern Tags zurück muß, kommt Heinrich Pestalozzi schon am Abend mit ihm auf dem Gurnigelberg an.

Burgdorf

Sechs Wochen lang ist Heinrich Pestalozzi auf dem Gurnigel, von lieben Menschen treu gepflegt. Die reine Höhenluft heilt in seiner Lunge aus, was Kalkstaub und Ab-Geschrei darin verwüsten haben. Es sind noch andere Kranke oben, auch Gesunde, die vor der herrlichen Natur in Schwärmerei vergehen. Er aber sieht unter allen Dächern die Wohnungen der Menschen und weiß, von wieviel Verwahrlosung jede Wohlhabenheit da unten umgeben ist. „Meine Natur ist der Mensch“, sagt er den Schwärmern, und eines Morgens ist er mit seinem Stock und Ranzen nach Bern unterwegs. Er hat keinen Wagen gemollt; es tut ihm wohl, so bergab schreitend den Takt seines fröhlichen Marsches zu fühlen: alle lebendigen Dinge gehen im Zweischritt, hat er dem besorgten Zehender zum Abschied gesagt, nur das Leblose und Kranke rollt auf Rädern.

Zum Mittag hat er die sechs Stunden bis Bern hinter sich, und als Rengger und Stapsler, die beiden Minister, aus einer gemeinsamen Sitzung noch etwas zu besprechen haben, das sich auf dem Heimweg besser

ständischen Ordnung das Wirksamwerden einer individualistischen Marktmechanik und damit der Umschlag der Konkurrenz in das Monopol an sich ausgeschlossen, so haben die auf ihre Freiheit bedachten Glieder des Berufsstandes Mittel genug, sich ihre Freiheitsrechte zu wahren.

Dazu kommt, daß berufsständische Wirtschaftspolitik immer auf eine gesunde Größenordnung der Unternehmen und Betriebe einzuwirken vermag, wodurch eine wichtige Voraussetzung für die Erhaltung einer wirklichen Konkurrenzlage innerhalb der einzelnen Wirtschaftszweige geschaffen ist. Für diese Größenordnung wird die Kreditpolitik in der berufsständischen Wirtschaft von entscheidender Bedeutung sein; schon die Tatsache, daß die Kreditorganisation dezentralisiert sein wird (wenn auch übergreifende und zusammenfassende Kapitalmärkte bestehen bleiben müssen), dadurch ein Uebermächtigwerden des Finanzkapitals verhindert, das Kapital in die ihm zukommende dienende Rolle gedrängt sein wird, wird sie sich gegen eine Ueberzüchtung von Gesellschaftsunternehmungen, Kartellen und Konzerngebilden und den damit zusammenhängenden Vermachtungs- und Monopolisierungsprozeß auswirken, wozu noch eine entsprechende Ausgestaltung des Wirtschaftsrechtes kommen muß, wobei ich besonders an Aktien- und Konzernrecht denke.

Oberstes Ziel der Wirtschaftspolitik nach dieser Richtung muß die Wahrung der Gleichmäßigkeit der Konkurrenzbedingungen für alle Glieder des Berufsstandes sein, so daß also Vormachtstellungen einzelner und von diesen mehr oder weniger erzwungene privatrechtliche Bindungen des Wettbewerbes ausgeschaltet bleiben. Auch hier wird nicht eine schematische Festlegung der Unternehmungs- und Betriebsgrößen, des Gesellschaftskapitals, des Maschinenparks, der Belegschaftszahl, des Rohstoffbezuges oder was man sich sonst in Anlehnung an historische Formen zünftlicher Wirtschaftspolitik ausdenken mag, die Interessen des berufsständischen und allgemeinen Wohles am besten wahren, sondern nur eine aus der jeweiligen Art der Konkurrenzverhältnisse operierende und darum immer wache und bewegliche Wirtschaftspolitik, die sich möglichst der im Wettbewerbe wirkenden Kräfte selbst bedient, um diesen in richtiger Funktion zu erhalten. Jede schematische Regelung wäre deshalb gefährlich, weil sie den Wettbewerb um seine besten Antriebe bringen und dadurch die Allgemeinheit schädigen müßte. Die Entwicklung könnte dann leicht auf einen Zustand hinführen, der geradezu einer monopolistischen Erstarrung gleichkäme und sich in seinen Auswirkungen von den heutigen monopolistischen Kartellen kaum wesentlich unterscheiden, wie denn auch die Schematisierung der mittelalterlichen Zunftordnungen schließlich bei der monopolistischen Erstarrung der ganzen Zunftwirtschaft geendet hat. Daß hier nicht geringe Gefahren bestehen, zeigen etwa manche Konstellationen in der Geschichte der Zwangsverbände, in denen sich Unternehmer und Arbeiter in preis- und lohnpolitischen Fragen zusammensanden und ihr gleichgerichtetes Gruppeninteresse ohne Rücksicht auf das Allgemeininteresse wahrnahmen. Tatsächlich wird nur eine berufsständische Wirtschaftspolitik, die an der wesensmäßig wettbewerbsmäßigen Gestaltung gesellschaftlicher Wirtschaft orientiert bleibt, um die Gefahren einer korporativen Monopolwirtschaft vorbeikommen.

als im Betrieb der kommenden und gehenden Posten erledigen läßt, läuft er ihnen buchstäblich in die Arme und läßt mit seinem Runzelgesicht wie ein Knabe, der aus den Ferien wiederkommt. Er will Kinder haben, es ist ihm gleich, wo, an denen er seine Versuche fortsetzen kann, bis sein Waisenhaus in Stans wieder kriegsfrei ist. Und noch in derselben Viertelstunde schlägt ihm Stapfer vor, nach Burgdorf zu gehen, wo auch Fischer seit einem Monat sei und an dem Statthalter Schnell wie an dem Doktor Grimm einsichtige Helfer habe.

Ueber Nacht gibt es Regen, und er muß die Post nehmen. Ein guter Zufall setzt ihm den Statthalter Schnell aus Burgdorf in denselben Wagen. Der kennt ihn, hat am Abend vorher schon durch Stapfer von seinen Absichten gehört und ist begeistert, dem berühmten Verfasser von „Lienhard und Gertrud“ gefällig sein zu können. Die Fahrt wird in Gesprächen kurz, und in Burgdorf muß Heinrich Pestalozzi sein Gast sein. Auch der Doktor Grimm wird Hals über Kopf zu Tisch geladen, und es ist eine wahre Verschwörung, wie sie ihm alles einrichten wollen.

Gegen den Abend, als der Regen endlich nachläßt, macht er noch einen Gang zum Schloß hinauf, das eine kleine Festung vorstellt, aber augenblicklich seit langem verwahrlost ist. Das äußere Tor hängt offen in den Angeln, und an dem inneren läutet er solange vergebens, bis er merkt, daß die Schlupftür geöffnet ist. Die Kiesel im Schloßhof sind von Gras überwachsen, hinten steht eine Linde, und als er bis an die Mauer geht, fällt der Berg da fast senkrecht in die schäumende Emme, die ihn im Bogen umfließt. Es niffelt immer noch, und sein Rod ist längst feucht; er merkt es nicht, er hat zuviel gesprochen bei den Männern da unten, und nun sind die Gedanken wie eine Krähenstube, die nicht zur Ruhe kommt.

(Fortsetzung folgt.)

Berufsstand und Wettbewerb

Daß die Berufsstände für ein richtiges Funktionieren des Wettbewerbes zu sorgen haben, bindet aber auch ihre Wirtschaftspolitik an die wesenseigenen Gesetze desselben. Es sind dies ja nichts anderes als die Gesetze gesellschaftlicher Wirtschaft, die sich aus dem eigenen Bestand von Sonderzwecken und Sozialzweck in wirtschaftlicher Hinsicht und ihrer Zuordnung aufeinander ergeben, aus dem Ineinandergreifen der Einzelwirtschaften bei der Unterhaltssicherung für das Gesamtvolk, aus der sich in der Konkurrenz vollziehenden volkswirtschaftlichen Arbeitskooperation. Weil sich dieses Ineinandergreifen über den Markt vollzieht, die Kooperation durch den Gütertausch auf dem Marke vor sich geht, sind es zu einem großen Teile die Marktgesetze, die hier in Frage stehen. Es sind die Gesetze, die die sogenannte Eigenständigkeit der Wirtschaft ausmachen. Eigenständigkeit, weil sie sich aus der Eigenständigkeit der Sonderzwecke und des Sozialzweckes und ihrem wesensmäßigen Zusammenhange herleitet; weil aber ihre Eigenständigkeit nur in der Gesamtordnung der Zwecke Sinn und Geltung hat, jene also auf diesen bezogen bleiben müssen, sprechen wir von einer relativen Eigenständigkeit und wollen damit zum Ausdruck bringen, daß die Wirtschaft der sittlichen Weltordnung, sowie den Ordnungsgesetzen gesellschaftlichen Lebens unterstellt ist, ja es bedeutet geradezu die Erfassung der Wirtschaftsgesetze als Bestandteil gesellschaftlicher Ordnungsgesetze. Das bedeutet aber auch, daß berufsständische Wirtschaftspolitik sich über diese Gesetze, die Wesensgesetze gesellschaftlicher Wirtschaft sind, nicht hinwegsetzen darf, ohne Bestand und Fortschritt der wirtschaftlichen und sozialen Kultur aufs schwerste gefährden zu wollen.

In dem Artikel „Ständestaat und berufsständische Ordnung“ von Prof. Dr. von Kell-Breuning sind sachliche Unrichtigkeiten unterlaufen, da es sich um eine vom Verfasser nicht mehr überprüfte Nachschrift handelte. Wir werden zu der Frage „Ständestaat“ in einem weiteren Artikel noch Stellung nehmen.

Bekanntmachung

Sonntag, den 12. März 1933, ist der 11. Wochenbeitrag fällig.

Wilhelm Kunkel (Danzig), Buchnummer 831 424, wird wegen gröblicher Verletzung von Verbandsinteressen aus unserem Verbandsausgeschlossen.

Wegen Raum Mangels mußte die Fortsetzung des Artikels „Die moderne Lehrlingsauslese“ bis zur nächsten Nummer zurückgestellt werden.

Inhaltsverzeichnis

Der Deutsche Metallarbeiter:

Hauptteil:
Reichstagsbrand, deutsches Volk, deutsche Arbeiterschaft (G. W.), S. 113.
Bauernhilfe und Arbeiterhilfe (Agricola), S. 114. Unsere Westmarkttagung im Saargebiet (—T.—), S. 115. Aus der Tätigkeit unserer Betriebsvertreter (Ungert), S. 116.

Verbandsgebiet:
Jubilarehrung in Duisburg-Hochfeld (S.); Generalversammlung in Dessau (W. Hoffmann); Ein Mahnruf an die christlichen Metallarbeiter (K. Wagners jr., Eversberg), S. 117. Offenbach will vorwärts in der Werbearbeit (Ja.); Gegen die unerhörte Bürgersteuer in Peine (Ja.), S. 118. Wallstadt macht sich (Fritz Lorge); Der Kollege, der sich nicht zu Wort meldet (Schriftführer P. T., Gelsenkirchen), S. 119.

Branchenbewegung:
Branchenarbeit in Duisburg (K.), S. 119.
Aus den Betrieben:
Betriebsratswahl bei Berzelius, Duisburg (..tt); Der neue Kurs bei Humboldt-Köln (Ro.), S. 120.

Unterhaltung:
Pestalozzi (Wilhelm Schäfer), S. 118.
Um die berufsständische Ordnung:
Wettbewerbsfreiheit und berufsständische Ordnung (Universitäts-Dozent Dr. Johannes Meßner, Wien), S. 122.

Bekanntmachung:
Seite 124.

Schriftleitung: Georg Wieber. — Verlag: Franz Wieber, Duisburg, Stapel-
tor 17. — Druck: Echo-Verlag und -Druckerei, e. G. m. b. H., Duisburg